

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/115

**Von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Europäischen Union (EU),
Teil 4**

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (50/2010) berichtete am 13. Dezember 2010:

>>**Herrliche Heimat**

Warum die Deutschen Europa brauchen

... Deutschland braucht Europa, und Europa braucht Deutschland. Das gilt immer noch, aber aus anderen Gründen als früher. In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wollten die Nachbarn die Bundesrepublik einbinden, um den deutschen Ungeist bändigen zu können. Die Deutschen brauchten Europa, um international wieder eine Rolle zu spielen. Es ging schon damals um Interessen, aber auch um Gefühle, weil die Kriegsgegner den Deutschen sehr viel verzeihen mußten. Daß sie das geschafft haben, löste bei den politischen Generationen Adenauer, Brandt und Kohl, die eigene Kriegserlebnisse hatten, tiefe Dankbarkeit aus, also große Gefühle. Die EU ist das wohl größte Versöhnungswerk der Geschichte. ...

Früher stritten in der Bundesrepublik die Atlantiker gegen die Gaullisten. Die Atlantiker waren für ein enges Band mit den Vereinigten Staaten. Die Gaullisten sahen in Frankreich den wichtigeren Partner, sie waren stärker europäisch gesinnt. Heute gibt es für die transatlantische Position kaum noch eine Grundlage. Denn das, was sich lange "der Westen" nannte, löst sich gerade auf.

Der Westen - das waren die westeuropäischen Länder, Kanada, Neuseeland, Australien und, als Anführer, die Vereinigten Staaten. Nun macht der Anführer nicht mehr mit. Seitdem China wächst und wächst und wächst, bildet sich ein neuer Dualismus heraus: Die beiden Supermächte ringen miteinander und suchen gleichzeitig den Ausgleich. Aber anders als beim militärischen Dualismus mit der Sowjetunion braucht Amerika für sein Verhältnis zu China keine Verbündeten, keine Länder, die Soldaten, Panzer, Flugzeuge und Aufmarschflächen stellen. Daher gibt es für Deutschland nicht mehr wirklich eine transatlantische Option.

Die Bundesrepublik ist eine späte Geburt des Westens. Vor 1949 wollten die Deutschen nicht mitmachen. Sie waren skeptisch bis feindlich gegenüber dem, was Heinrich August Winkler in seinem großen Buch "Geschichte des Westens" das "normative Projekt der beiden atlantischen Revolutionen" nennt. Die Amerikaner hatten 1776 und die Franzosen 1789 für die Demokratie und deren Prinzipien gekämpft: Bekenntnis zur Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Herrschaft des Rechts, Menschenrechte. Das alles haben die Westmächte den Westdeutschen nach dem Krieg aufgezwungen.

Durch den Geschichtsbruch 1933 bis 1945 hat die Bundesrepublik keinen Gründungsmythos und keine historisch fundierte Identität wie Frankreich oder die USA, deren Völker sich die Demokratien vor Jahrhunderten selbst erkämpft haben. Erst die Ostdeutschen haben 1989 eine

Revolution erfolgreich abgeschlossen, aber das reicht nicht für eine bundesrepublikanische Gesamtidentität.

Die politische Identität der Bundesrepublik ist der Westen. Die Deutschen haben sich die Errungenschaften anderer Völker einverleibt, sie haben die Revolutionen der Franzosen, Engländer und Amerikaner in ihr Selbstbild eingebaut. Auf dem normativen Projekt der atlantischen Revolutionen beruht das, was heute den gelungenen Staat Bundesrepublik ausmacht. Er war von Anfang an nicht als Nationalstaat gedacht. Er sollte Teil von etwas sein, Teil des transatlantischen Bündnisses Nato, Teil Europas, Teil des Westens. Wenn sich nun die Vereinigten Staaten allmählich aus diesem klassischen Westen verabschieden, bleibt Deutschland vor allem Europa als Heimat.

Einen eigenen, nationalen Weg gibt es nicht. In der Regierungszeit von Gerhard Schröder sprach man von der Mittelmacht Deutschland, aber das war noch, bevor allen klar wurde, wie sehr Chinas Aufstieg die Welt verändern würde. Mit "mittel" ist nichts mehr auszurichten. Weil China so groß ist und noch weiter wächst, sind alle anderen kleiner geworden. Politik wird jetzt in anderen Dimensionen gedacht, der Maßstab sind 1,3 Milliarden Menschen, die sich von den Verheißungen des Kapitalismus antreiben lassen. Deutschland kann nur noch über die EU politisch Einfluß nehmen, und schon das wird schwierig, weil sich China und die USA stark aufeinander beziehen.

Da Deutschland wirtschaftlich stark ist, könnte es versucht sein, einen Sonderweg zu gehen. Das Denken, daß wir die Besten sind und die anderen uns was wegnehmen wollen, ist weit verbreitet. Daran stimmt, daß wir wieder zu den Besten gehören. Deutsche Produkte sind so gut, daß sich die anderen darum reißen, zumal die Chinesen. Aber dieser Erfolg schafft auch Abhängigkeiten. Im schlimmsten Fall würde Deutschland zum Gewerbestück Chinas, wohlhabend, aber ferngesteuert. Das wäre eine würdelose Existenz. Deshalb muß wirtschaftliche Stärke von politischer Stärke flankiert sein, und die gibt es für Deutschland nur über Europa.

...<<

Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtete im Mai 2011 über die EU (x869/...):

>>**Der Zahlmeister**

Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war

Ein teurer Spaß: Professor Willeke rechnet vor, was die EU den Zahlmeister Deutschland bislang gekostet hat.

Im Mai war es ein Jahr her, daß der Deutsche Bundestag die Verfassung brach, die erste Griechenland-Hilfe und das Euro-Rettungspaket billigte, dem Steuerzahler Lasten in unbekannter Höhe aufbürdete und damit die Umwandlung der Euro-Zone in eine Transferunion in Gang setzte.

Damit ist gemeint, daß die Bundesregierung Kredite garantieren und Geld an andere Regierungen überweisen wird, um das gescheiterte Euro-Experiment zu verlängern. Dies nicht etwa aus Haushaltsüberschüssen, die bekanntlich auch in Deutschland nicht existieren, sondern finanziert durch die Aufnahme neuer Schulden, die auf den schon bestehenden Schuldenberg getürmt werden. In der Euro-Zone verschulden sich die Schuldner, damit die noch schlimmer Verschuldeten nicht pleite gehen. Am Ende sind wir alle Griechen. Dabei wird verdrängt, daß die EU schon lange vor der Einführung der Einheitswährung als Transferunion funktionierte. Deutschland spielt seit Jahrzehnten den Big Spender! ...

Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. ...

Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro (in D-Mark fast das Doppelte) für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg infla-

tioniert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010. ...

Interessant ist nun, was in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung passierte. Eigentlich wäre eine Entlastung Deutschlands zu erwarten gewesen, denn nach 1990 hatte die Bundesrepublik schließlich auch die riesigen Kosten der Einheit zu tragen. Es kam anders: ausgerechnet ab 1991 stiegen die deutschen Nettobeiträge permanent an.

Von 1991 bis 1994 finanzierte Deutschland 73,7 % der gesamten Umverteilung innerhalb der EU! Das war das Dreifache dessen, was die drei anderen großen Mitgliedsländer zusammen netto aufbrachten. Die Erklärung kann nur darin liegen, daß Helmut Kohl die europäischen Freunde, die Deutschland so sehr liebten, daß sie gerne zwei davon behalten hätten, ruhigstellen wollte.

Damals, Anfang der 90er Jahre, zählte die EU noch zwölf Mitglieder. Jetzt, nach der Osterweiterung, sind es 27. Und mit der Vergrößerung hat sich der deutsche Anteil an den Nettobeiträgen immerhin auf ein Drittel reduziert, liegt aber immer noch weit über dem französischen oder dem britischen.

Die Preisfrage: Was haben die PIGS-Staaten nur mit den vielen Milliarden gemacht?

Mit den PIGS sind Portugal, Irland, Griechenland und Spanien gemeint - exakt die Staaten, die unter den Euro-Rettungsschirm flüchten mußten oder (wie Spanien) als Kandidaten gehandelt werden. Das böse Akronym PIGS wurde von den Zynikern an den Finanzplätzen London und New York erfunden.

Pervers ist nun folgendes: Nachdem die PIGS von 1976 bis 2008 (netto) 287 Milliarden Euro geschenkt bekamen und damit in heutigen Preisen 430,5 Milliarden (mehr als die Hälfte davon aus Deutschland) und nachdem ihnen der Euro jahrelang beispiellos tiefe Zinsen bescherte und dadurch die Bedienung der alten Staatsschulden massiv verbilligte, hatten sie die einmalige Chance, ihre Finanzen zu sanieren. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie haben schlecht gewirtschaftet. Sie haben die staatliche oder die private Verschuldung oder beide hochgefahren. Mit dem Ergebnis, daß sie jetzt zusätzlich zu den regulären Haushaltshilfen auch noch die Kredite des Rettungsschirms benötigen. Auf die Transferunion I folgte 2010 die Transferunion II.

Da stellt sich die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Wo sind die Milliarden geblieben? Wo sind sie versickert? Niemand weiß das genau. Zumindest blieb davon der größte Schilderwald aller Zeiten. Schilder mit dem Sternenkranz auf blauem Grund, die irgendeine Baumaßnahme verkünden - immer mit dem Zusatz "kofinanziert durch die EU".

Wir sahen die Schilder an einem grotesk überdimensionierten Rathaus in einem Dorf auf den Azoren. Wir sahen sie in einer gottverlassenen Ecke der großartigen Extremadura (autonome Gemeinschaft Spaniens), wo aus unerfindlichen Gründen ein Bach begradigt und mit einem Holzgeländer ausgestattet wurde. Wir sahen sie an den leeren Autobahnen Portugals, die durch leere Gebiete führen und die in einem Zustand sind, von dem deutsche Autofahrer nur träumen können. Und ein Bekannter, selbst in der Branche tätig, erzählte mir von EU-finanzierten Geisterbahnhöfen mit ebenfalls leeren Bahnsteigen in Griechenland und von Elektroloks, die mit Hilfe der Nettozahler für eine nicht-elektrifizierte Strecke angekauft wurden und seitdem in vandalisiertem Zustand vor sich hin rosten. Profitiert hat die neureiche Klasse der EU-Absahner. Die Länder selbst hängen am Dauertropf.

Märchenstunde: Warum es nicht stimmt, daß die deutschen Exporterfolge dem Euro zu verdanken sind.

... Sicherlich sind Frankreich, die Niederlande und Österreich, um nur einige zu nennen, überaus wichtige Handelspartner. Aber das war auch der Fall vor der Euro-Einführung. Es ergibt

sich ganz selbstverständlich aus der Nachbarschaft. Selbst im Vergleich mit der Zeit vor 1914 hat sich an der Struktur des deutschen Außenhandels nichts Wesentliches geändert. In Wahrheit ist der Unterschied ein ganz anderer: Vor 1999 kamen die Exportüberschüsse Deutschland zugute, seit 1999 verschwinden sie im schwarzen Loch des Euro-Systems.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Grundzüge einer Fiskalunion schaffen

"Nach meiner festen Überzeugung wird das 21. Jahrhundert ein sehr viel zukunftsweisender Ansatz als der Rückfall in die Regelungsmonopolstellung des klassischen Nationalstaates vergangener Jahrhunderte", referierte Schäuble vor den Bankern.

"Ich möchte Ihnen ganz klar sagen, daß ich ziemlich überzeugt bin, daß wir in einer Zeit von weniger als 24 Monaten in der Lage sind und in der Lage sein werden, das europäische Regelwerk so zu verändern. Wir brauchen nur das Protokoll Nr. 14 im Lissabonvertrag so aufzubauen, daß wir daraus die Grundzüge einer Fiskalunion schaffen (...)"

So einfach ist das, wenn es nach Wolfgang Schäuble geht, mit diesem neuen Europa, das künftig die Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Staaten der Euro-Zone übernehmen soll.

Und wer das so formuliert wie der Finanzminister, der vermittelt den Eindruck, als handele es sich bei dem, was Kanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy planen, um eine ganz normale, fast schon alltägliche Änderung politischer Abläufe.

Ein Wandel historischen Ausmaßes

Dabei geht es um einen historischen Wandel, dessen Ausmaß vielen Bürgern wohl noch gar nicht bewußt ist.

"Die planen die Wiedereinsetzung eines Wiener Kongresses in Brüssel", ereiferte sich der SPD-Europaparlamentarier Martin Schulz auf dem SPD-Parteitag in Berlin, ohne auf Interesse zu stoßen.

"Alle halbe Jahre kommen 17 Regierungschefs hier zusammen, tagen hinter verschlossenen Türen, teilen anschließend ihren erstaunten Untertanen mit, worauf sie sich meistens nicht verständigt haben, und das nennen sie Wirtschaftsregierung. Ich meine, wir leben nicht in Zeiten des Feudalismus", schimpfte er.

Der von Schulz angestellte Vergleich ist nicht falsch. Tatsächlich wird Europa neu geordnet, und zwar nicht nur finanzpolitisch, sondern machtpolitisch und geographisch.

Wie beim Wiener Kongreß 1814/1815

Nichts anderes geschah 1814/1815 im Wiener Palais am Ballhausplatz. Und noch eine Parallele drängt sich auf: Damals wie heute mißachteten die Herrschenden die Freiheits- und Selbstbestimmungsbedürfnisse der Menschen.

In diesem neuen Europa soll der Euro-Raum näher zusammenrücken, die Briten könnten an Einfluß und Bedeutung verlieren. Mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) wird ein weiteres Herrschaftsinstrument geschaffen.

Aber beseitigt das die Ursachen der Krise? Wer dieser Tage etwa 200 Experten im Berliner Hotel "Adlon" am Brandenburger Tor zugehört hat, der mag das kaum glauben. Unter dem Motto "Auslaufmodell Euro - Lösungswege für Europa" diskutierten unter anderen die Professoren Marcus Kerber von der TU Berlin, Thorsten Polleit von der Frankfurt School of Finance and Management, Eberhard Hamer als Vorsitzender der Deutschen Mittelstandsstiftung e.V. und Wilhelm Hankel miteinander.

Anders als in der Politik ging die Debatte soweit, daß sogar das Geldsystem als solches in Frage gestellt wurde. Einig waren sich einige Teilnehmer darüber, den Banken das Recht der Geldschöpfung zu nehmen. Wer es nicht weiß: Bei jeder Kreditvergabe schaffen die Banken neues Geld, da ihr Kreditvolumen das der Einlagen bei Weitem übersteigt.

Wem steht das Recht der Geldschöpfung zu?

Das Recht der Geldschöpfung solle allein der Zentralbank zustehen. Debattiert wurde auch über umlaufgesichertes Geld oder Schwundgeld, das permanent im Wert sinkt. All diese Themen spielen in der politischen Debatte keine Rolle.

In der Summe stehen diese Eindrücke, angefangen von Schäubles Rede vor den Bankern über den Vergleich mit dem Wiener Kongreß bis hin zu den Überlegungen zum Geld im "Adlon" in einem seltsamen Kontrast zu den täglichen Nachrichten aus Politik und Wirtschaft.

Sie offenbaren etwas, das vordergründig nicht in Erscheinung tritt. Fast scheint es zwei Wirklichkeiten zu geben. Die eine wird als Projektion von Gipfelbildern und Fensterreden wahrgenommen. Die andere bleibt meist verborgen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Mai 2012 (x887/...):

>>**Eingelullt und passiv geworden**

Schuldenkrise als Folge des Wohlfahrtsstaates und schwacher Persönlichkeiten

Der Titel beinhaltet den Tenor des Buches "Die Pleite-Republik. Wie der Schuldenstaat uns entmündigt und wie wir uns befreien können": Die gegenwärtige Euro-Krise bringt zum Vorschein, daß der westliche Wohlfahrtsstaat schon lange über seine Verhältnisse lebt, daß er dabei gleichzeitig unsere individuelle Freiheit immer mehr eingeschränkt hat, weshalb ein Umdenken notwendig ist, um nicht die Fähigkeit zum Streben nach Glück, diese Überzeugung der europäischen Aufklärung, zu verlieren. Denn "das Pathos dieses Rationalismus läßt sich nicht so leicht entmachten und entmündigen".

Der Autor verschweigt nicht, daß solches Pathos eine einheitliche Persönlichkeitsstruktur voraussetzt, an der es nach den Erkenntnissen moderner Dichter, Denker und Wissenschaftler aber mittlerweile mangelt. Da liegt ein unaufgelöster Widerspruch. Vielleicht kann uns der Wohlfahrtsstaat auch deswegen so leicht entmündigen, weil unsere moderne Persönlichkeit in sich zerfallen ist.

Der erwähnte Tenor wird nun in den einzelnen Kapiteln näher untermauert. Die Einführung des Euro ist zwar nicht kausal für den hier und da in seiner Zone drohenden Staatsbankrott verantwortlich, hat ihn aber begünstigt, sofern die Wohlfahrtsstaaten seiner Zone mit erleichterten Kreditmöglichkeiten ihre "Partys feiern" konnten, wie der Autor sich ausdrückt. Dies und daß die Maastrichter Kriterien Makulatur sind, nachdem gerade Deutschland und Frankreich zu Beginn der 2.000er Jahre mit deren Mißachtung angefangen hatten, kann man, wie manche andere zwar skandalöse, aber unbestreitbare Einzelheit (etwa die rechtswidrige Übergehung der "no-bail-out"-Klausel) und begründete Bankenschelte, auch anderswo schon länger lesen.

Auffallender ist schon die Auffassung, daß die Mehrheitsdemokratie schon ganz prinzipiell zur Aufblähung des Wohlfahrtsstaates und damit zur Pervertierung der ursprünglichen sozialstaatlichen Aufgabe der Absicherung gegen Risiken neige, mit den Ergebnissen, die uns die gegenwärtige Krise beschert. Denn die Politiker, die nach kurzer Zeit wiedergewählt werden wollen, dienen sich ihren Wählern durch finanzielle Wohltaten an, die sie unter dem Deckmantel (der Autor ist ein leidenschaftlicher Liberaler, ohne deshalb FDP-Propaganda zu verbreiten) der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit auf den Weg bringen.

Zu diesem Zweck muß der Staat sich als finanzieller Umverteiler in großem Ausmaß engagieren, aber auch umfangreiche Schulden machen, die herzloserweise auf die nachfolgenden Generationen abgewälzt werden. Welchen konkreten Sinn diese Wohltaten haben, bleibt oft genug dahingestellt, da sie stets mit den Phrasen von Gerechtigkeit und Gleichheit begründet werden. Ein gutes Beispiel ist das Betreuungsgeld, dessen familienfreundliche Etikettierung nicht darüber hinwegtäuscht, daß die Geburtenraten deswegen so gut wie gar nicht steigen, weil das In-die-Welt-Setzen von Kindern nun einmal nicht "ökonomisiert" werden kann.

Angesichts dessen kann man unsere Form der Mehrheitsdemokratie als die zwar historisch siegreiche Staatsform, aber nicht unbedingt als die bewährteste betrachten. Denn sie hat zu

dem vernichtenden Befund beigetragen (zitiert nach dem Nobelpreisträger 1995 für Ökonomie, Robert E. Lucas): "Der europäische Wohlfahrtsstaat ist inzwischen so teuer, daß die Brücke zwischen Arbeitserfolg und dem, was man davon haben will, dem Lebensstandard, nachhaltig zerstört ist." ...<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 13. Juli 2012: >>**Beschluß über den ESM-Vertrag**

Sie fürchten das Volk

Martin Graf

Die selbsternannte Euro-Elite hat die Mitgliedsstaaten mit gigantischen Bedrohungsszenarien zum Beschluß des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erpreßt, den nun auch Österreichs Parlament mit den Stimmen von Sozialdemokraten, Volkspartei und Grünen willig vollzogen hat. In Verbindung mit dem Fiskalpakt raubt der ESM den Ländern die Souveränität und höhlt die Demokratie aus.

Die ökonomische Schlagkraft ist höchst umstritten, ändern doch die neuen Regeln nichts an den strukturellen Problemen Europas, die längst nicht auf den Euro-Raum beschränkt sind.

Europa hat primär ein demographisches Leiden. Die autochthonen Bevölkerungen schwinden als Folge zu weniger Geburten, die wiederum die Konsequenz konsumorientierter Individualisierung und falscher Familienpolitik sind. Geld wird dafür eingesetzt, den älteren Generationen eine soziale Sicherheit zu bieten, die die Jüngeren und erst recht die Ungeborenen mangels Anzahl nicht mehr bezahlen können. Darin liegt auch eine Wurzel der Schuldenproblematik vieler Staaten.

Die gemeinsame Währung tut nicht mehr, als die Probleme der Staaten miteinander zu multiplizieren. Der ESM verpflichtet dazu, Risiken für andere einzugehen, die kein Land für sich selbst übernehmen würde.

Der Blick auf die Geburtenrate verwandelt die höhere Finanzmathematik der "Euro-Retter" in eine einfache Rechnung, deren Ergebnis durch die großteils unqualifizierte Zuwanderung aus nichteuropäischen Gegenden weiter ins Negative abgeleitet.

Der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg äußert schon seit Jahren die Sorge, die Demokratie könne durch die Demographie gefährdet werden. Er meinte damit Wählerbewegungen hin zu extremen Parteien, sobald die Menschen auf die Wahrheit stoßen, die ihnen von der Politik jahrzehntelang verschwiegen wurde. Für Griechenland erwies sich diese Prognose bereits als zutreffend.

Vor dem Zorn der Bürger schützen sich die bedrängten Eurokraten, indem sie den Völkern jede Mitsprache rauben und die Demokratie von oben herab ausschalten.

Dr. Martin Graf ist FPÖ-Politiker und seit 2008 Dritter Präsident des österreichischen Nationalrats.<<

Die Tageszeitung "DIE WELT" berichtete am 20. August 2012 über die Entstehung der Europäischen Union: >>**Europas Einigung war de Gaulles Rache an den USA**

Bis 1956 liebäugelten die Franzosen mit einer Achse Paris-London. Erst als die Intervention zusammen mit Israel am Suezkanal an Amerikas Einspruch scheiterte, kam es zu den Römischen Verträgen. ...

Am 10. September 1956 fliegt Frankreichs Premierminister Guy Mollet zu Gesprächen mit seinem britischen Kollegen Anthony Eden nach London. Fünfzig Jahre später enthüllen freigegebene Dokumente aus den britischen Archiven, welches Angebot der französische Sozialist dem britischen Konservativen macht. "Bei seinem letzten Besuch in London erörterte der französische Premier Monsieur Mollet mit dem Prime Minister die Frage einer Union zwischen dem Vereinigten Königreich und Frankreich", heißt es lapidar in einer britischen Kabinettsvorlage.

Der Vorgang läßt die Entstehung der Europäischen Union in einem neuen Licht erscheinen.

Während man in Deutschland den Mythos der EU als Antwort auf die Gräber des Ersten und zweiten Weltkriegs pflegt, ist sie eher zu begreifen als Teil des verzweifelten französischen Versuchs, das eigene Kolonialreich vor dem Untergang zu retten.

Mollets Vorstoß in London erfolgt gerade mal sechs Monate, bevor Frankreich die Römischen Verträge unterschreibt und damit zusammen mit Deutschland, Italien und den Beneluxstaaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gründet - die Vorläuferorganisation der EU. Aus französischer Sicht ist das Projekt Europa eben nur Plan B.

Eine Idee aus schierer Not

Sechzehn Jahre zuvor, am 16. Juni 1940, hatte ausgerechnet Winston Churchill eine Union Frankreichs und Großbritanniens auf der Basis einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft, eines vereinten Parlaments und Kabinetts sowie gemeinsamer Organe der Außen-, Verteidigungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgeschlagen.

Geboren war die Idee aus der schieren Not. Nur durch die Union mit dem unbeugsamen Großbritannien war die Kapitulation der Franzosen vor Hitler noch abzuwenden. Und wenn Festland-Frankreich nicht mehr zu halten war, so wären wenigstens die französischen Kolonien aus der Konkursmasse zu retten. Denn in Churchills Plan des Widerstands gegen die deutsche Militärmaschine sollte das Weltreich notfalls die Basis bilden, von der aus der Kampf auch dann fortgesetzt werden konnte, wenn England besetzt würde.

Für Charles De Gaulle spielte "La France d'outre-mer" eine vergleichbare Rolle. Sie sollte die materielle Basis seines "Freien Frankreich" bilden. Schon im Herbst 1940 brachen Kamerun, Tschad und Französisch-Äquatorialafrika mit dem Kollaborationsregime Marschall Pétains in Vichy und schlossen sich De Gaulles Widerstandsbewegung an. Doch waren Frankreichs Kolonien ohne Großbritanniens Flotte hilflos den Deutschen ausgeliefert.

"Wir sind ein kleines Land"

So hatte der General, sonst peinlich auf französische Unabhängigkeit bedacht, persönlich dem britischen Premier die politische Union vorgeschlagen. Die Idee freilich stammte nicht von De Gaulle selbst, sondern von einem anglophilen Politiker namens Jean Monnet. Der sollte in die Geschichte eingehen als Gründervater von Montanunion, Euratom und EWG; eines kontinentaleuropäischen Verbunds also, den ausgerechnet Charles de Gaulle zum Bollwerk gegen den angelsächsischen Einfluß in Europa umfunktionierte.

"De Gaulle hielt täglich Reden über la grandeur française", sagte Monnet später über die unmittlere Nachkriegszeit. "Ich sagte ihm geradeheraus: Wenn Sie nicht aufpassen, wird es keine Grandeur geben. Wir sind ein kleines Land, wir sind ausgeplündert worden, unsere industrielle Basis ist weitgehend zerstört. Frankreich könnte der Hinterhof Europas werden." Diese Überlegungen bildeten den Ausgangspunkt für die 1952 verkündete "Montanunion".

Was der als Deutscher geborene französische Außenminister Robert Schuman als "Vergemeinschaftung" der Kohle- und Stahlindustrie auf dem Weg zu einer Europäischen Föderation pries, war für Frankreichs Elite eine Ruhrbesatzung ohne Militär. So sicherte sich Frankreich einen Zugriff auf die deutsche Kohle. Durch die "Hohe Behörde" der Montanunion wurde zudem die "Ruhrbehörde" der Siegermächte kaltgestellt, in der auch Großbritannien und die USA Sitz und Stimme hatten. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Oktober 2012 über die Rettung des EURO (x878/...): >>**Rettung des Euro - finanzielles Versailles für Deutschland? ...**

Versailles

Die Eurokrise weckt in Deutschland ungute Erinnerungen. Die Situation erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs, als in Versailles 1919 Deutschland Bedingungen auferlegt wurden, die darin gipfelten: "Die Deutschen sollen zahlen!". Heute ist Druck auf internationaler Ebene hoch und wächst weiter, die deutsche Politik zur Übernahme größerer Risiken zu bewegen,

um den Euro zu retten. Deutschland soll der Vergemeinschaftung der Schulden der Eurostaaten, einer Transfer- und einer Bankenunion sowie der Ausgabe von Eurobonds zustimmen und für alles die Haftung übernehmen. Deutschland ist in der Abwehr dieser Forderungen nahezu isoliert.

Sicherlich steckt in der deutschen Abwehrhaltung ein Reflex auf die Erfahrungen von Versailles. Massive Ressentiments, eine Hyperinflation mit der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und Radikalisierungen, die letztlich zur Machtergreifung Hitlers beigetragen haben, waren die Folge von Versailles. In Deutschland wird nun befürchtet, daß die Eurokrise benutzt wird, um auf das deutsche Volksvermögen zuzugreifen - über erzwungene deutsche Kredite, die voraussichtlich nie zurückgezahlt werden, und erzwungene deutsche Haftungen, für die noch unsere Kinder und Enkel gerade stehen müßten. Was an Vermögen danach noch da ist, würde spätestens in der Inflation untergehen. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?

... Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung

... Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden, es gab ein "quid pro quo". Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit (zögernd) zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte. Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt. ...

Frankreich

Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität. Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung. ...

Deutschland

Die deutsche Regierung hat 1989/1990 dem Verzicht auf die D-Mark "nolens, volens" zugestimmt. Helmut Kohl hat dann allerdings die Entscheidung "Einheit gegen D-Mark" konsequent um- und durchgesetzt. Einigen deutschen Bedenken wurde Rechnung getragen: vertraglich festgezurrt wurde u.a. der Haftungsausschluß unter EURO-Ländern, die Unabhängigkeit der EZB und das Verbot der Staatsfinanzierung. Wie man später lernen mußte, waren diese vertraglichen Bindungen das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt waren. Bei den ersten Krisen 2003 wurden die Prinzipien von Deutschland und Frankreich selbst aufgeweicht und im Mai 2010 beim ersten Hilfspaket für Griechenland weggeschwemmt. Seither suchen die deutsche und europäische Politik mit der EZB unter Einbindung des Internationalen Währungsfonds (IWF) - mit reger Beteiligung der internationalen Finanzindustrie - nach einer Lösung. ...

Deutschland Zahlmeister?

Allzu verwundert sollte man darüber in Deutschland nicht sein. War man doch in der EU und in der Welt daran gewöhnt, daß die Deutschen im Zweifel immer zahlen. Die Erfahrung war: Man muß die Deutschen nur gehörig unter Druck setzen und weich klopfen, dann machen sie den Geldbeutel schon auf. Das galt im westlichen Bündnis, wie z.B. beim ersten Irakkrieg 1991, das galt in der EU beim sog. Britenrabatt, den Frau Thatcher herausgeschlagen hat, und das galt in der EU ganz generell. Immer wenn man nach Geld suchte, richtete sich der Blick auf Deutschland. Selbst für die unsinnigsten Projekte erwartete man einen deutschen Finanzbeitrag. Nun ist die Überraschung groß, daß das nicht mehr zu funktionieren scheint. Ein europäisches Grundgesetz scheint in Frage gestellt.

Auch die Deutschen selbst hatten sich an ihre Zahlmeisterrolle gewöhnt. Sie gehen meist resigniert davon aus, daß ihre Regierungen irgendwann einknicken, weil die deutschen Politiker glauben, noch immer die Schuld des 2. Weltkriegs abtragen zu müssen. Nun wollen sie nicht mehr. Der Grund ist allerdings nicht so sehr die verblässende Erinnerung an den Weltkrieg, der immerhin fast 70 Jahre zurück liegt. Sie wollen nicht mehr, weil sie nicht mehr können: Die Solidaritätslasten, die den Deutschen zur Rettung des EURO aufgebürdet werden sollen, sind so enorm, daß ein Innehalten, eine sorgfältige Prüfung und ein Abwägen der Vor- und Nachteile der Übernahme deutscher Verpflichtungen unabdingbar geworden ist.

Es kann nicht sein, daß jemand "Europa" ruft, alles kniet nieder und Deutschland stellt einen Blankoscheck aus. Diese Einstellungen scheinen bei vielen europäischen und deutschen Politikern verbreitet zu sein. ...

Meinungsbildung und Volksabstimmung

... Gibt es tragfähige und hinreichend nachvollziehbare Schätzungen der Bundesregierung, wie viel der deutsche Steuerzahler bei der beabsichtigten Eurorettung über jährliche Transferzahlungen an die Krisenstaaten überweisen muß? Sind es maximal 50, 100 oder gar 150 Milliarden?

Die Behauptung, daß es so gut wie nichts kostet, kann nicht sein; denn dann gäbe es an der südlichen europäischen Peripherie ja gar keine Krise. Wie hoch ist die Haftung, in die Deutschland jetzt schon im Rahmen der Eurorettung eingetreten ist? Die Bundesregierung redet sie klein, Hans-Werner Sinn nennt einen Betrag wenig unter 1.000 Milliarden. Welche Haftungssummen kommen mit dem Anleihekaufprogramm der EZB (OMT) auf uns zu? Die EZB nennt 146 Milliarden, Hans-Werner Sinn 369 Milliarden, möglicherweise sogar 920 Milliarden Euro (vor dem BVerfG am 12.06.2013).

Gleichgültig welche Zahlen stimmen, der deutsche Steuerbürger schüttelt sprachlos den Kopf. Wer hat unserer politischen Klasse, wer hat der Bundesregierung das Mandat erteilt, für solche Summen Verpflichtungen einzugehen? Die deutschen BürgerInnen jedenfalls nicht, sie wissen gar nicht, was ihnen geschieht. Eins aber ahnen sie: wenn es schief geht, sind sie die Dummen, wie 1918 und 1945. ...

Vorbereitung des europäischen Bürgerkriegs?

Auch das Interesse der Einheit Europas verbietet einen solchen Dauertransfer. Die Erfahrung mit Italien zeigt, daß mittelfristig bei den Gebern die Frage nach einer Sezession, nach einer Trennung aufkommt - und das in einem etablierten Nationalstaat. ...

Diejenigen, die uns das US-Beispiel der Geld- und Währungspolitik im 19. Jahrhundert als beispielhaft für die Einigungspolitik Europas in der Eurokrise anpreisen, seien daran erinnert: Eine durchaus plausible Theorie zum Ursprung des amerikanischen Sezessionskriegs (1861-1865) besagt, daß es in erster Linie Währungsstreitigkeiten zwischen den Süd- und Nordstaaten und nicht die Sklavenfrage waren, die den Sezessionskrieg provozierten. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 31. August 2013 (x887/...): >>Zypern gewährt Grundeinkommen

Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung, Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.

Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/2015) berichtete am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremelchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<

Die "Neue Rheinische Zeitung"-ONLINE veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>Krieg und Frieden

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"

"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons" ...

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. ...

"In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse"

Beim Thema Rußland gibt es auch diese merkwürdige Diskrepanz zwischen dem, was Politik

und Medien kolportieren, und dem, was das Volk denkt sozusagen. Ist Ihnen das auch aufgefallen?

In Deutschland herrscht das Gesetz der Einheitspresse. Wir haben die verächtlichste Medienlandschaft Europas.

Und in der Politik lehnt der Bundestag die Volksabstimmung ab, die die freie Schweiz seit 170 Jahren hat. Wir sind die geborenen Untertanen und Mitläufer, wie sie Heinrich Mann und nicht nur er gezeichnet haben. ...

"Das ist eine verabredete Stillschweigerbande"

Herr Hochhuth, es wurde noch nie so viel geschrieben wie heute. Wie schwierig ist es heute, gehört zu werden?

Was ich Ihnen gerade gesagt habe, würde selbstverständlich keine deutsche Zeitung drucken. Das ist eine verabredete Stillschweigerbande. Das verachte ich.

Die BRD ist ein ekelhaftes Staatsgebilde. Ihre wahre Übersetzung heißt "Banker- und Bananenrepublik Deutschland", mit einer durchaus unfreien Presse, denn unsere Journalisten zensurieren sich selbst.<<

05.07.2016

BRD: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 15 berichtete am 5. Juli 2016: >>Grundlegendes zur EU

Zum Referendum über die EU-Mitgliedschaft Großbritanniens von Professor Dr. Richard A. Werner

Am 20. Juni 2016, 3 Tage vor der Abstimmung der Briten über einen Austritt aus der Europäischen Union, veröffentlichte Professor Richard A. Werner den folgenden Text. ...

Die britische Bevölkerung sollte sich im klaren sein, worüber genau sie diesen Donnerstag beim EU-Referendum abstimmen wird. Was bedeutet es wirklich, in der EU zu bleiben? Was bedeutet es, sie zu verlassen?

Was die zweite Frage anbelangt, so war das vorherrschende Thema der Debatte die Frage, ob ein Verlassen der EU eine signifikante negative wirtschaftliche Auswirkung auf das Vereinigte Königreich haben würde. Premierminister David Cameron hat im Verbund mit den Führern des IWF, der OECD und verschiedenen EU-Institutionen düstere Warnungen darüber abgegeben, daß das Wirtschaftswachstum einbrechen, die Finanzlage sich verschlechtern, die Währung schwächer und die Exporte Großbritanniens markant zurückgehen werden. Finanzminister George Osborne hat gedroht, die Renten der Rentner zu kürzen, sollten sie es wagen, für den Austritt zu stimmen. Aber was sind die Fakten?

Ich erhielt meine Ausbildung in internationaler Wirtschaft und Geldwirtschaft an der London School of Economics und habe an der Universität Oxford in Wirtschaftswissenschaften promoviert. Ich habe solche Fragen seit einigen Jahrzehnten studiert. Vor kurzem habe ich auch unter Verwendung hochentwickelter quantitativer Techniken die Frage getestet, wie groß die Auswirkungen auf das Bruttoinlandprodukt BIP eines Beitritts zu oder eines Austritts aus der EU oder der Euro-Zone wären.

Das Ergebnis war, daß es auf das Wirtschaftswachstum keinen Einfluß hat, und jedermann, der das Gegenteil behauptet, orientiert sich nicht an Fakten. Der Grund liegt darin, daß Wirtschaftswachstum und Nationaleinkommen fast gänzlich von einem Faktor bestimmt werden, der im Inland entschieden wird, und zwar vom Umfang der Bankkredite, die für produktive Zwecke geschaffen werden.

Betrüblicherweise war der in den letzten Jahrzehnten in Großbritannien sehr gering, weshalb viel größeres Wirtschaftswachstum möglich ist, sobald Schritte unternommen werden, um Bankkredite für Produktionszwecke anzukurbeln - unabhängig davon, ob Großbritannien in der EU bleibt oder nicht (obwohl ein Brexit es wesentlich erleichtern würde, politische Schritte in diese Richtung zu unternehmen).

Wir sollten uns auch daran erinnern, daß es einer viel kleineren Volkswirtschaft wie Norwegen - das man für viel abhängiger vom internationalen Handel hielt - extrem gut ergangen ist, nachdem seine Bevölkerung die EU-Mitgliedschaft in einer Volksabstimmung im Jahre 1995 ablehnte (was gegen die düsteren Warnungen und Drohungen der parteiübergreifenden Elite, der meisten Medien und dem vereinten Chor der Führer der internationalen Organisationen geschah).

Nebenbei brauchten Japan, Korea, Taiwan und China nie eine EU-Mitgliedschaft, um sich innerhalb etwa eines halben Jahrhunderts vom Status einer sich entwickelnden Wirtschaft zu top industrialisierten Nationen zu bewegen. Das Argument düsterer wirtschaftlicher Folgen eines Brexit ist ein Scheinargument.

Der Bericht der "Fünf Präsidenten"

Hinsichtlich der ersten Frage, nämlich was es bedeutet, in der EU zu verbleiben, sollten wir die EU selbst konsultieren. Glücklicherweise hat die EU im Oktober 2015 einen größeren offiziellen Bericht über ihre grundlegenden Strategien und darüber, was sie in näherer Zukunft zu erreichen beabsichtigt, herausgegeben. Der Bericht wurde unter dem Namen der "Fünf Präsidenten" der EU herausgegeben.

Falls Sie sich nicht bewußt waren, daß es überhaupt einen einzigen Präsidenten, geschweige denn fünf Präsidenten der EU gibt, so sind dies: der nicht gewählte Präsident der Europäischen Zentralbank, Goldman Sachs' Zögling Mario Draghi; der nicht gewählte Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker; der nicht gewählte Brüsseler Kommissar und "Präsident der Euro-Gruppe" Jeroen Dijsselbloem; der "Präsident des Euro Gipfels" Donald Tusk und der Präsident des Europäischen Parlamentes Martin Schulz.

Was ist die Botschaft dieser nicht unerheblichen Zahl von EU-Präsidenten bezüglich der Frage, wohin die EU sich bewegt? Der Titel ihres gemeinsamen Berichtes ist eine Gratiszugabe: "Der Bericht der fünf Präsidenten (sic!): Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden". ...

Der Bericht beginnt mit dem offenen Eingeständnis, daß in der EU "angesichts von 18 Millionen Arbeitslosen viel größere Anstrengungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik unternommen werden müssen". Gut gesagt. Aber was genau muß getan werden?

"Europas Wirtschafts- und Währungsunion bietet momentan das Bild eines Hauses, an dem jahrzehntelang gebaut wurde, das aber nur teilweise fertiggestellt ist. Mitten im Sturm mußten Mauern und Dach rasch befestigt werden. Jetzt ist es höchste Zeit, die Fundamente zu verstärken und die WWU zu dem zu machen, was sie eigentlich sein sollte"

"Wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, müssen wir weitere Schritte ergreifen, um die WWU zu vollenden."

Die Planer der Zentrale in Brüssel und bei der EZB in Frankfurt sind sich durchaus bewußt, daß unter ihrem Kommando in den letzten zehn Jahren eine historisch noch nie dagewesene ökonomische Verwerfung in der EU stattgefunden hat, mit massiven Vermögens- und Eigentumsblasen, Banken Krisen und einer großräumigen Arbeitslosigkeit in allen EU-Peripheriestaaten - mit mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland, Spanien und Portugal und dem Fehlen jeder seriösen Kontrolle der EU-Außengrenzen, um einen Zustrom einer beispiellosen Zahl illegaler Immigranten und wirtschaftlicher Migranten zu verhindern.

Weitere Machtkonzentration in der EU

Allerdings verschließen die Planer der EU-Zentrale noch immer die Augen vor der Tatsache, daß diese Probleme voll und ganz durch ihre verfehlte und verheerende Politik verursacht worden sind. Deshalb argumentieren sie, daß die Lösung solcher Probleme nur durch weitere Machtkonzentration in ihren Händen erreicht werden könne: "Wir brauchen mehr Europa", wie Frau Merkel sagt. ... Es ist das, was sie vorschlagen, in den kommenden Jahren umzuset-

zen, indem sie alle EU-Mitglieder in ein einziges Land umwandeln.

Damit macht der Bericht der fünf Präsidenten klar, daß die EU nicht einfach eine Freihandelszone ist. Dieses Projekt hatte man schon mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 hinter sich gelassen, und ein völlig anderes Europa ist dann mit der Europäischen Verfassung von 2007 verankert worden - "Lissabon Vertrag" genannt, da die Völker Europas sie in verschiedenen Referenden ablehnten. ...

Vielmehr ist die EU das Projekt, um jegliche nationale Souveränität und alle Grenzen innerhalb abzuschaffen und alle europäischen Länder, die es nicht schaffen, rechtzeitig auszusteigen, zu einem einzigen, fusionierten, gemeinsamen neuen Land zu verschmelzen, mit einer zentralen europäischen Regierung, zentralisierter europäischer Geld- und Währungspolitik, zentralisierter Steuerpolitik, zentralisierter europäischer Außenpolitik und zentralisierter europäischer Regulierung, einschließlich der Finanzmärkte und des Bankenwesens.

Diese Vereinigten Staaten von Europa, ein undemokratischer Leviathan, den die europäischen Völker nie wollten, ist der krönende Abschluß des vielfach wiederholten Mantras der "immer engeren Union".

"Kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt"

Dieses Projekt ist kontinuierlich und heimlich über mehrere Jahrzehnte umgesetzt worden, trotz bedeutender und gleichbleibender grober Fehler und Skandale der Politik, in die auch die zentralen Planer verwickelt waren (1999 zum Beispiel trat die gesamte Europäische Kommission - die nicht gewählte Regierung und das Kabinett des europäischen Superstaates - mit Schimpf und Schande zurück, nachdem man entdeckt hatte, daß sie Bestechungsgelder angenommen hatte und an Betrug beteiligt war, während der EU-eigene Rechnungshof sich wiederholt weigerte, die offiziellen (Rechnungs-Bücher der EU zu genehmigen).

Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar: Man muß nicht EU-Mitglied sein, um wirtschaftlich zu gedeihen, und ein Austritt muß das Wirtschaftswachstum Großbritanniens überhaupt nicht beeinflussen. Es kann in der Europäischen Wirtschaftszone bleiben, wie Norwegen es getan hat, oder einfach ein Handelsabkommen vereinbaren, wie die Schweiz es tat, und in den Genuß des Freihandels kommen - die hauptsächliche Zielsetzung der europäischen Abkommen in den Augen der Öffentlichkeit.

Die Politik ist ebenso klar: Der europäische Superstaat, der bereits gebildet worden ist, ist nicht demokratisch. Das sogenannte "europäische Parlament", einmalig unter Parlamenten, kann überhaupt keine Gesetzgebung vorschlagen - Gesetze werden von der nicht gewählten europäischen Kommission formuliert und vorgeschlagen. Wie ein russischer Beobachter kommentierte, ist das europäische Parlament eine Abnick-Farce, genau wie das Sowjetparlament zu Zeiten der Sowjetunion, während die nicht gewählte Regierung die Europäische Kommission bildet - das mit Kommissaren vollgestopfte Politbüro.

Finanzelite im Hintergrund

Big Business und die Großbanken sowie die Zentralbanker und der IWF stellen die Finanzelite dar, die hinter dieser beabsichtigten Konzentration der Macht steht - mit der immer mehr Macht in die Hände von immer weniger Leuten gegeben wird. Die undemokratische Natur der EU-Institutionen hat ein derartiges Ausmaß erreicht, daß ich ein vor kurzem zurückgetretenes Mitglied des EZB-Rates im privaten Rahmen gestehen hörte, daß seine größte Sorge die undemokratische Natur und das Ausmaß der EZB-Befugnisse ist, die zunehmend für politische Zwecke mißbraucht worden sind. Diese Tatsachen sind durch den stetigen Tropf der Propaganda übertönt worden, welche von den mächtigen Eliten hinter der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ausgeht.

"Starke Unterstützung der USA für all das"

Während dieser Jahre und Jahrzehnte ständigen Transfers von Befugnissen und Souveränität von den Nationalstaaten und ihren demokratisch gewählten Versammlungen an die nicht ge-

wählte Brüsseler Bürokratie habe ich mich immer über die offensichtlich starke Unterstützung der USA für all das gewundert.

Jedes Mal, wenn der "Prozeß" der "immer engeren Union" auf ein Hindernis zu treffen schien, intervenierte ein US-Präsident - unabhängig vom Namen des Posten-Inhabers oder seiner Parteizugehörigkeit -, um den störenden Europäern unmißverständlich zu sagen, daß sie sich am Riemen reißen und die Vereinigung Europas in einen einzigen Staat beschleunigen sollten. In der Ahnungslosigkeit meiner Jugend war mir das überraschend erschienen. Genauso wurde der britischen Öffentlichkeit von Präsident Obama gesagt, daß ein Aussteigen aus der EU keine gute Idee sei und sie besser für einen Verbleib stimmen sollte.

Es überrascht nicht, daß die globale Elite, die vom Trend zur Machtkonzentration profitiert hat, zunehmend hysterisch wird in ihren Versuchen, die britische Öffentlichkeit dazu zu überreden, für einen Verbleib in der EU zu stimmen; weniger klar ist dabei, warum der US-Präsident und seine Regierung so erpicht auf das EU-Projekt sein sollen. Von den europäischen Medien ist in der Vergangenheit gesagt worden, daß die Konzentration ökonomischer und politischer Entscheidungen in Europa arrangiert worden sei, um ein Gegengewicht gegen die US-Dominanz zu schaffen. Dies schien einige Pro-EU-Stimmen zu motivieren. Der US-Präsident wird doch sicher davon gehört haben?

Es gibt noch ein weiteres Rätsel. Erst gestern wurde ein eindrucksvoll aussehendes Flugblatt in den Briefkasten meines Hauses in Winchester gesteckt, das den Titel trägt: "Grundlegendes zur EU - Ihr Leitfaden zum Referendum". Herausgegeben hat es eine Organisation mit dem Namen "Europäische Bewegung". Die 16seitige, farbige Hochglanzbroschüre spricht sich für einen Verbleib der Briten in der EU aus. Wer ist diese "Europäische Bewegung" und wer finanziert sie? Diese wenig bekannte Organisation scheint finanzkräftig genug zu sein, um ein hochwertig gedrucktes Büchlein in jeden Haushalt des gesamten Vereinigten Königreiches schicken zu können.

Verdeckte US-Operationen seit 1945

Die Freigabe ehemals geheimer Akten hat beide Rätsel gelöst. Denn wie sich herausstellt, hängen sie miteinander zusammen. In den Worten des Wissenschaftlers der Nottingham University Richard Aldrich:

"Der Einsatz verdeckter Operationen für die konkrete Förderung der europäischen Einheit hat wenig akademische Aufmerksamkeit erfahren und wird immer noch mangelhaft verstanden. ... Die diskrete Injektion von über drei Millionen Dollar zwischen 1949 und 1960, hauptsächlich aus US-Regierungsquellen, war zentral für die Anstrengungen, um genügend Unterstützung der Massen für den Schumann-Plan zusammenzubekommen, für die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine europäische Vereinigung souveräner Mächte. Dieser verdeckte Beitrag hat nie weniger als die Hälfte des Budgets der Europäischen Bewegung ausgemacht, und nach 1952 wahrscheinlich zwei Drittel davon.

Gleichzeitig suchten sie den entschiedenen Widerstand der britischen Labour-Regierung gegen föderalistische Ideen zu untergraben ... Besonders überraschend ist auch, daß der gleiche kleine Trupp leitender Beamter, viele von ihnen aus westlichen (Anmerkung: das bedeutet US-)Geheimdienstkreisen, eine zentrale Rolle spielte bei der Unterstützung der drei wichtigsten transnationalen Elitegruppen, die in den 1950er Jahren entstanden: die Europäische Bewegung, die Bilderberg-Gruppe und Jean Monnets 'Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa' (ACUE).

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß zu einer Zeit, in der gewisse britische Antiföderalisten eine 'besondere Beziehung' zu den Vereinigten Staaten als Alternative zu (vielleicht sogar als Zuflucht vor) europäischem Föderalismus betrachteten, gewisse europäische föderalistische Initiativen mit amerikanischer Unterstützung aufrechterhalten worden sein sollen." ...

Wichtige Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung

Der britische Journalist und ehemalige Brüsseler Korrespondent Ambrose Evans-Pritchard war der einzige Journalist, der in zwei Artikeln in den Jahren 2000 und 2007 über solche akademischen Forschungsbefunde berichtete:

"Deklassifizierte amerikanische Regierungsdokumente zeigen, daß die US-Geheimdienste in den fünfziger und sechziger Jahren eine Kampagne führten, um ein vereinigtes Europa in Fahrt zu bringen. ... US-Geheimdienste finanzierten insgeheim die Europäische Bewegung und zahlten mehr als die Hälfte ihres Budgets. Einige der EU-Gründerväter standen auf der Gehaltsliste der USA ...

Die Dokumente bestätigen Vermutungen, die damals geäußert wurden, daß Amerika hinter den Kulissen aggressiv daran arbeite, Großbritannien in einen europäischen Staat zu drängen. Damit wir nie vergessen: Die Franzosen mußten anfangs der fünfziger Jahre unter größtem Protest an den föderalistischen Unterschriftentisch geschleift werden. Eisenhower drohte, die Marshall-Plan-Hilfe zu unterbrechen, sollte Paris nicht zum Kuß bereit sein und sich mit Berlin versöhnen. Frankreichs Jean Monnet, der führende Kopf der EU, wurde als amerikanischer Agent angesehen - was er tatsächlich war. Monnet diente während des Krieges als Roosevelts Mittelsmann in Europa und orchestrierte den mißlungenen Versuch, de Gaulle von der Machtübernahme abzuhalten.

Ein Memorandum, das vom 26. Juli 1950 datiert, gibt Instruktionen für eine Kampagne, um ein voll ausgebildetes europäisches Parlament voranzutreiben. Unterschrieben ist es von General William J. Donovan, dem Leiter des Office of Strategic Services, das während des Krieges gebildet wurde und der Vorläufer der CIA ist. ...

Washingtons wichtigstes Werkzeug bei der Gestaltung der europäischen Agenda war das American Committee for a United Europe, das 1948 geschaffen wurde. Vorsitzender war Donovan, inzwischen angeblich ein privater Anwalt. Der Vize-Vorsitzende war Allen Dulles, der CIA-Direktor in den fünfziger Jahren. Zum Vorstand gehörten auch Walter Bedell Smith, der erste Direktor der CIA, und eine Liste von Ex-OSS-Leuten und Beamten, die bei der CIA ein- und ausgingen.

Die Dokumente zeigen, daß das ACUE (Monnets Aktionskomitee) die Europäische Bewegung finanzierte, die wichtigste föderalistische Organisation in den Nachkriegsjahren. 1958 zum Beispiel lieferte es 53,5 Prozent der Gelder der Bewegung. Die Europäische Jugendkampagne, ein Zweig der Europäischen Bewegung, wurde vollständig von Washington finanziert und kontrolliert.

"Gedungene Arbeitskräfte der USA"

Die Führer der Europäischen Bewegung - Retinger, der visionäre Robert Schumann und der ehemalige belgische Premierminister Paul-Henri Spaak - wurden von ihren amerikanischen Sponsoren alle als gedungene Arbeitskräfte behandelt. Die Rolle der USA wurde als verdeckte Operation gehandhabt. Die Gelder des ACUE kamen von den Ford- und Rockefeller-Stiftungen sowie Unternehmensgruppen mit engen Verbindungen zur US-Regierung.

Der Chef der Ford Foundation, Ex-OSS-Offizier Paul Hoffmann, diente in den späten fünfziger Jahren auch als Chef des ACUE. Das Außendepartement spielte ebenfalls eine Rolle. Ein Memo der europäischen Abteilung, das vom 11. Juni 1965 datiert, rät dem Vizepräsidenten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Robert Marjolin, die Währungsunion heimlich zu verfolgen.

Es empfiehlt, eine Debatte solange zu unterdrücken, bis der Punkt erreicht ist, an dem 'eine Annahme derartiger Vorschläge praktisch unausweichlich werden würde'.

Fünfzig Jahre nach dem Vertrag von Rom wären die Architekten der US-Nachkriegs-Politik, denke ich, ganz zufrieden, wenn sie heute noch lebten. ..." (Auszüge aus Ambrose Evans-Pritchard: "Euro-federalists financed by US spy chiefs", "The Daily Telegraph" vom 19. September 2000; und Ambrose Evans-Pritchard: "The scare of a superstate has passed, but do we

want to lose the EU altogether?", "The Daily Telegraph" vom 7. April 2007).

Kein Wunder, hat Herr Evans-Pritchard nun den Schluß gezogen, daß er für einen Brexit stimmen wird ...

EU - das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation

Die Enthüllung, daß die EU das Resultat einer bedeutenden US-Geheimdienstoperation ist - faktisch bloß eine weitere geheime Kreatur der Täuschung, die von der CIA lanciert wurde (und die einen Ehrenplatz in der Galerie der Niedertracht einnimmt, in der auch Operationen unter falscher Flagge, Invasionen, Staatsstriche und die Schaffung von Organisationen wie al-Kaida und IS zu finden sind) - löst das dritte Geheimnis, nämlich, wie um alles in der Welt die angeblich demokratischen europäischen Nationen eine derart undemokratische, faktisch diktatorische Struktur, konstruieren konnten.

Mit der EU/den Vereinigten Staaten von Europa erreichten die USA nicht nur ihre geostrategischen Ziele in Europa, sondern hatten auch die Rolle der lästigen nationalen Parlamente eliminiert, die der Außenpolitik der USA oder der CIA ab und zu in die Quere kommen können. Und ein weiteres Rätsel ist gelöst, und zwar, warum die EU vor ein paar Jahren der Anfrage der USA, daß US-Spionageagenturen Zugang zu allen europäischen E-Mails und Telefonanrufen erhalten sollten, so bereitwillig zustimmte ...

Abschaffung der Souveränität und Unterordnung unter US-Interessen

Ein Votum für den Verbleib in der EU ist daher ein Votum dafür, das Vereinigte Königreich als souveränen Staat abzuschaffen und es in die undemokratischen Vereinigten Staaten von Europa aufgehen zu lassen, welche die europäischen Eliten unter US-Vormundschaft errichteten.

Daß die europäische Öffentlichkeit - und es scheint, sogar europäische Politiker - wenig oder keinen Einfluß auf wesentliche europäische Entscheidungen haben, kann man an der zunehmend aggressiven Haltung der Nato gegenüber Rußland ersehen (die in Brüssel basierte Nato ist der militärische Arm der EU und steht offen unter direkter US-Kontrolle) und an den einseitigen Sanktionen gegen Rußland, deren Einführung die USA den Europäern einfach befehlen konnten (und die zu bedeutenden Verlusten an Einkommen und Arbeitsplätzen in Europa führten, während sie amerikanischen Geschäftsinteressen Auftrieb geben).

Die Einwanderungspolitik ist ein weiteres Paradebeispiel. Wenn die USA in der Vergangenheit die weitgehend homogenen europäischen Bevölkerungen als Quelle potentiellen europäischen Widerstandes gegen ihre Pläne für Europa betrachteten, dann macht die Politik zu deren Ersetzung mit balkanisierten gescheiterten "Schmelztiegeln" ebenfalls Sinn.

Norwegen stimmte 1995 über eine EU-Mitgliedschaft ab. Die führenden Parteien waren alle dafür. Die großen Konzerne und die Zentralbanken, die großen Pressekanäle und die Fernsehsprecher setzten verzweifelt Druck auf und drängten die norwegische Öffentlichkeit, für ein "Hinein" zu stimmen. Die Bevölkerung blieb standhaft und stimmte "draußenbleiben". Norwegen entwickelte sich prächtig. Und um so mehr wird dies Großbritannien.

In Zusammenhang mit der EU hat der Begriff "föderalistisch" eine besondere Bedeutung und meint in erster Linie die zunehmende Abgabe nationalstaatlicher Hoheitsrechte an die Zentrale in Brüssel.

Richard A. Werner ist deutscher Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Internationales Bankwesen. 1989 Hochschulabschluß der London School of Economics mit First Class Honours; Doktorat in Volkswirtschaftslehre (zu Wirtschaft und Bankwesen in Japan) an der Oxford University ... 2004 folgte Werner einem Ruf an die Universität Southampton, England. Dort ist er derzeit Professor für Internationales Bankwesen und Direktor der Abteilung für Internationale Entwicklung sowie (Gründungs-)Direktor des Centre for Banking, Finance and Sustainable Development; Vorstandsmitglied und Beirat der Southampton Management School. ...<<

Die Tageszeitung "Hamburger Abendblatt" berichtete am 13. Juli 2016: >>... **Immer mehr Rentner müssen arbeiten**

Rentner haben grundsätzlich niemals Zeit: In der Hansestadt gehen sogar immer mehr Senioren einer regulären Arbeit nach. Lag die Quote der Erwerbstätigkeit der 65- bis 70-Jährigen im Jahr 2000 bei zehn Prozent, so sind es jetzt 19. Damit rangiert die Hansestadt bei einem bundesweiten Ranking auf Platz zwei – nach Baden-Württemberg. Der Bundesdurchschnitt liegt derzeit bei 16,6 Prozent. Schlußlicht ist Sachsen-Anhalt. Dort haben die wenigsten Rentner noch einen Job (11,7 Prozent). ...

Die Armutsquote bei Rentnern ist auf 13,3 Prozent gestiegen

... Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands hatte unlängst auf eine dramatische Entwicklung in der Hansestadt hingewiesen. Danach ist die Armutsquote bei den Rentnern auf 13,3 Prozent gestiegen. Seit 2006 hat sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. "Das Alter wird in Hamburg immer stärker zum Armutsrisiko", hatte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Hamburg, bei der Vorstellung des Armutsberichts gesagt. "Die Zahl der Betroffenen steigt jedes Jahr, unabhängig von der allgemeinen Armutsentwicklung." ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Oktober 2016: >>**Regierung warnt vor Altersarmut**

... Viele Menschen in Deutschland rutschen voraussichtlich in die Altersarmut ab, wenn sie nicht selbst vorsorgen. ...

2015 erhielten 90 Prozent der 65-Jährigen und Älteren eine Versichertenrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bezogen auf alle Empfänger ergebe sich in diesem System eine durchschnittliche Leistungshöhe von 960 Euro Brutto und 861 Euro Netto im Monat. Dabei seien größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern festzustellen. ...<<

Schlußbemerkungen: Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schrieb am 15. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Undank ist der Deutschen Lohn**

Erstmals werden in der Bundesrepublik Deutschland die Renten gekürzt. Deutschlands Städte protestieren gegen ihre Finanznot und fürchten den Kollaps der Kommunen. Die Krankenkassen sind im Defizit. Das Geld für die Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition fehlt. Die erwarteten Steuern bleiben aus. Die eurobedingten Preissteigerungen haben zu einer zusätzlichen Kaufzurückhaltung geführt, die jedermann beim Einkauf des alltäglichen Grundbedarfs und bei jedem Restaurantbesuch spürt, auch wenn Statistiker versuchen, diese Entwicklung schönzurechnen.

So oder so wird eine Steuerreform mit dem Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit nur auf Pump möglich sein und so zu einer Schraube ohne Ende. Sparen an allen Ecken und Enden wirkt sich als Sozialabbau aus. Eine Inflation an Kommissionen aller Art aus tatsächlichen und vermeintlichen Fachleuten beweist die Ratlosigkeit der Regierung und der Parlamente.

Jedenfalls ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den sogenannten Stabilitätspakt zu erfüllen, der einst vom Euro-Kanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Theo Waigel erfunden wurde, um die Deutschen darüber hinweg zu täuschen, daß ihre geliebte D-Mark auf dem Altar "Europas" geopfert wurde und eine Einheitswährung den Wettbewerb der europäischen Währungen untereinander ablöste. ...

Im Jahr 2007 soll eine neue EU-Finanzplanung beginnen, die Verhandlungen der EU-Regierungen darüber sollen Anfang 2005 abgeschlossen sein. Bis dahin jedenfalls wird alles weiter laufen wie gehabt: Deutschland ist und bleibt der bei weitem größte Nettozahler der EU - und wer glaubt schon, daß es anders werden wird, besonders nach der Ost-Erweiterung, die Deutschland teuer zu stehen kommen wird!

Der famose Konvent mit seinem Vertrag für eine Europäische Verfassung sieht vor, daß auch über die Finanzplanung einstimmig beschlossen werden muß. Wenn dann 25 Regierungen an einem Tisch sitzen, wird jeder, der noch einen Wunsch hat, so lange blockieren, bis er zufrieden ist.

Der Heidelberger Professor Franz-Ullrich Willeke hat unlängst nach einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank darauf hingewiesen, daß Deutschland seit der Wiedervereinigung von 1990 bis 2002 an die EU Nettobeträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, das sind 142,6 Milliarden Euro, entrichtet hat!

Mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Zeit rund 279 Milliarden Mark mehr an die EU gezahlt, als es von ihr zurückbekam! Statt Deutschland wegen seiner enormen innerdeutschen Aufwendungen zur Überwindung der vom Sozialismus angerichteten Schäden zu entlasten, stiegen seine Nettozahlungen an die EU weiter an. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2011 über die Europäische Union (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**

Eine Anekdote vorab. Bei meinem ersten Besuch als Berufsanfänger 1972 in Brüssel klärte mich ein freundlicher italienischer Kollege beim Mittagessen über die Funktionsweise der europäischen Einigung auf: die Franzosen erfinden es, die Deutschen bezahlen es und die Italiener finden Wege, wie sie am besten davon profitieren. ...<<

Die Tageszeitung "Handelsblatt" berichtete am 24. September 2011: >>**Die wahre Schuldenlast**

Deutschlands große Lüge

Die amtliche Schuldenlast Deutschlands ist auf 2.000.000.000.000 (2.000 Milliarden) Euro gewachsen. Wer ehrlich ist, muß gewaltige Verpflichtungen der Sozialkassen hinzu addieren. Keine gute Basis, um heil durch die Finanzkrise zu kommen.

... Seit Ende 2010 hat Deutschland mehr als zwei Billionen Euro Schulden.

Allein in der bisherigen Amtszeit Angela Merkels vergrößerte sich dieser Berg um 500 Milliarden Euro. Die Kanzlerin steht damit für so viele neue Schulden wie alle Bundeskanzler in mehr als vier Jahrzehnten Bundesrepublik Deutschland zusammen. ...

Doch selbst die gewaltige Summe von zwei Billionen Euro ist im Grunde nur die Spitze des Eisbergs. Die wahre Staatsverschuldung ist weit höher. Die amtlichen Statistiken erzählen nur einen Teil der Wahrheit.

Denn die deutschen Sozialkassen sind riesige Verpflichtungen eingegangen, die in der Zukunft zu hohen Ausgaben führen werden, ohne daß dafür Kapital angespart wurde. Auf mehr als 4,8 Billionen Euro oder 185 Prozent des BIP kalkuliert der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen alle durch das heutige Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckten Leistungsversprechen des Staates, insbesondere der Sozialversicherungen. ...

Doch auch damit ist es nicht genug. Obendrauf kommen noch die zahlreichen Verpflichtungen, die wir zur Bekämpfung der Finanzkrise eingegangen sind und noch eingehen.

Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, beziffert das Risiko, das wir mit offenen und versteckten Hilfen für die wankenden Euro-Peripheriestaaten eingegangen sind, auf 379 Milliarden Euro. Gingen Euro-Staaten in Serie pleite, wäre das der Betrag, mit dem Deutschland zur Kasse gebeten würde – wenn bis dahin das Volumen des Rettungsschirms nicht weiter aufgestockt wurde. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Mai 2012 (x887/...): >>**Unfaßbarer Pfusch der Eliten**

Wilhelm Hankel: Euro könnte enden wie die DDR-Mark

Er hätte "nie geglaubt, daß eine europäische Elite zu solch einem Pfusch fähig wäre". Mit harten Worten ging der Wirtschaftswissenschaftler Wilhelm Hankel mit den Verantwortlichen

des Euro-Systems ins Gericht. Hankel sprach anlässlich des 50-jährigen Bestehens der "Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" (SWG) vergangenen Sonnabend in Hamburg.

Dabei betonte der prominente Euro-Kritiker vor rund 200 geladenen Gästen, daß die negativen Folgen der Währung weit über den rein geldpolitischen Bereich hinausgingen: "Mit einer Einheitswährung für alle Europäer, die der Euro einst werden sollte, sind weder Rechtsstaat noch Demokratie noch Marktwirtschaft machbar", so Hankel. Auch der Traum vom Endziel "Vereinigte Staaten von Europa" nach dem Vorbild der USA weise in die falsche Richtung. Im Unterschied zur US-Nation existiere keine "europäische Nation". Daher fuße die Idee der staatlichen Vereinigung des alten Kontinents ebenso auf falschen Annahmen wie die Einführung des Euro.

Die Behauptung, Deutschland habe vom Euro "besonders profitiert", sei schlicht die Unwahrheit. Die Einheitswährung habe vielmehr den deutschen Zinsvorteil beseitigt und zudem dafür gesorgt, daß seit der Euro-Einführung zwei Drittel der deutschen Ersparnisse ins Ausland geflossen seien. Geld, das in der Bundesrepublik für Investitionen gefehlt und statt dessen zur Blasenwirtschaft in den heutigen Krisenländern beigetragen habe.

Wenn in der Euro-Frage nicht bald radikal umgesteuert werde, werde die EU-Kommission am Ende gezwungen sein, den Kapitalfluß über die Grenzen des Währungsraums zu blockieren, um eine Erosion des Euro aufzuhalten. Dann wäre der Euro eine nichtkonvertible Währung wie einst Sowjet-Rubel oder DDR-Mark. Damit wäre das "Selbstbestimmungsrecht des Geldbesitzers weg", die Menschen wären faktisch "eingesperrt, weil sie ihre Euros nicht mehr frei konvertieren können", warnt Hankel. Sein Fazit: Ein freies Europa werde es nur ohne den Euro geben.

Der Passauer Rechtswissenschaftler Johann Braun beklagte vor der SWG in Hamburg eine rapide Erosion des Rechtsstaats. Grund sei der Niedergang des Bürgertums, das sich dadurch ausgezeichnet habe, daß es vom Staat weder subventioniert noch ausgeplündert werden wollte. Heute gebe eine Massengesellschaft den Ton an, welche vor allem an das Geld der vermeintlich "Reichen" wolle.

Die 68er hätten durchgesetzt, daß ein angeblich guter Grund reiche, um das Recht beiseite schieben zu können. So werde heute nicht mehr zwischen Recht und Unrecht, sondern zwischen "gut" und "böse" unterschieden. Das führe auch zu einem Verschwinden der Freiheit. Bezeichnend sei, daß das "Antidiskriminierungsgesetz" zwar vor Benachteiligung wegen Geschlecht, Rasse und Religion schütze, ausdrücklich aber nicht vor Diskriminierung wegen der politischen Weltanschauung. Die gesellschaftliche Liquidierung Andersdenkender werde akzeptiert, sobald diese als "böse" ausgemacht worden seien, so Braun. In diesem System werde jeder dazu aufgerufen, sich zum Wächter und Denunzianten seiner Mitbürger aufzuschwingen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. Mai 2012: >>**Joschka Fischer: Deutsche sollen zahlen**

Joschka Fischer hat die Deutschen aufgefordert, für die Schulden der anderen Euro-Staaten aufzukommen. In einem Aufsatz für den amerikanischen Thinktank projectsyndicate.com schrieb der frühere Außenminister, Deutschlands "Macht und Wohlstand" sollten zur Rettung der EU eingesetzt werden.

Laut Fischer hätten die Deutschen sich im 20. Jahrhundert zweimal selbst vernichtet. "Es wäre sowohl tragisch als auch ironisch, wenn das wiedervereinigte Deutschland, obwohl friedlich und mit den besten Absichten, die europäische Ordnung ein drittes Mal ruinieren würde", so der grüne Spitzenpolitiker.

Als Konsequenz solle Deutschland seine Mittel einsetzen, um die Schuldner der Euro-Zone freizukaufen. Die Bundesrepublik müsse einer Fiskalunion zustimmen. Unbegrenzt solle die Europäische Zentralbank künftig die Staatsanleihen der Schuldnerstaaten ankaufen. Zudem

sollten Schulden durch die Ausgabe von Eurobonds "europäisiert" werden. Schließlich sollten neue Wachstumspakete aufgelegt werden, um den Wiederaufbau zu unterstützen. Andernfalls drohe der Zerfall des Euro und der totale Niedergang des Kontinents.

Merkel löscht Feuer mit Benzin

Den Argumenten der Gegner dieser Schuldenpolitik hielt Fischer entgegen, daß die deutsche Wirtschaft heute nur durch die schuldenfinanzierten Pakete von China und Amerika so gut dastehe. Er übte harsche Kritik an Angela Merkel wegen der "dogmatischen Sparpolitik". Die Kanzlerin versuche das Feuer mit Benzin zu löschen.

Projectsyndicate ist eine private Denkschule, die Artikel von Publizisten durch ein Netz von Zeitungen verbreitet. Sie wird indirekt von dem amerikanischen Multimilliardär George Soros unterstützt.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. Juli 2012: >>"Damit ist die Grenze überschritten"

Unter Führung von Karl Albrecht Schachtschneider und Wilhelm Hankel klagen vier Professoren in Karlsruhe gegen den ESM-Vertrag

Herr Professor Schachtschneider, warum muß der ESM in Karlsruhe scheitern?

Schachtschneider: Vor allem, weil er die Grenze zum EU-Bundesstaat überschreitet, also mit der nationalen Souveränität unvereinbar ist.

Und warum ist das ein Problem?

Schachtschneider: Deutschland ist der Staat des deutschen Volkes seit 1871. Dieser Staat ist souverän. Er kann nicht Gliedstaat eines europäischen Bundesstaates sein, ohne seine Souveränität aufzugeben oder zumindest einzuschränken, wie das Bundesverfassungsgericht im Lisbon-Urteil vom Juni 2009 klargestellt hat.

Warum? Die deutschen Bundesländer etwa sind nicht souverän und dennoch Staaten.

Schachtschneider: Das erstere ist streitig. Die Souveränität der Länder, die nach innen und außen wirkt, wird meist bestritten. Ich sehe das anders. Das Verfassungsgericht hat die Eigenstaatlichkeit und Souveränität Deutschlands immer anerkannt und seinen Entscheidungen zugrunde gelegt. Sie gehört nach Artikel 20 des Grundgesetzes zur "Verfassungsidentität" Deutschlands, die solange gewahrt bleiben muß, wie die Deutschen das wollen, sprich, solange das Grundgesetz nicht durch ein in einer Volksabstimmung beschlossenes neues Verfassungsgesetz, das sich für einen europäischen Staat öffnet, ersetzt ist.

Und warum widerspricht das dem ESM?

Schachtschneider: Weil mit dem ESM im Verbund mit dem Fiskalpakt und den weiteren Euro-Rettungsmaßnahmen wesentliche weitere Hoheitsrechte zu den weiten und offenen Ermächtigungen, die die Union schon hat, auf diese übertragen werden.

Das ist in der EU doch nichts Neues.

Schachtschneider: Aber jetzt wird ein großer Teil des Budgets der Verantwortung der Legislative - des Parlaments - entzogen und einer demokratisch in keiner Weise legitimierten Exekutive überantwortet, nämlich dem Gouverneursrat, das sind die Finanzminister der ESM-Mitglieder. Das Budget des Staates ist im "Wirtschaftsstaat" Kern demokratischer Verantwortung und schon immer Königsrecht des Parlaments. Außerdem wurde schon eine Wirtschaftsregierung geschaffen, und insgesamt wird die Finanzhoheit und damit auch die Sozialhoheit wesentlich eingeschränkt.

Der Bundestag verabschiedet in diesem Jahr einen Haushalt in Höhe von über 300 Milliarden Euro. Warum darf er nicht, wie am letzten Freitag geschehen, beschließen, daß im Notfall eben 190 Milliarden davon in die Euro-Rettung fließen?

Schachtschneider: Weil das eine nicht refinanzierbare Summe ist, die weitgehend in Anspruch genommen werden wird, wenn andere ESM-Mitglieder ihren Beitrag nicht werden leisten können. Dann bleibt nämlich laut ESM-Vertrag die Finanzierung des abrufbaren ESM-

Kapitals Sache der leistungsfähigen Staaten, freilich nur im Rahmen der jeweiligen Gewährleistung. Die Gesamtsumme geht noch gar nicht in den Haushalt ein, weil zunächst nur 22 Milliarden eingezahlt werden, der Rest von 168 Milliarden wird erst einmal nur gewährleistet. Auch wenn der Kapitalmarkt keine Kredite mehr zu tragbaren Kosten gibt, bleibt die Verpflichtung bestehen. Unser Staatshaushalt kann das keinesfalls bewältigen. Im übrigen würde das Geld nicht zur Finanzierung unserer Ausgaben, sondern zur Finanzierung fremder Staaten verwendet. Das ist souveränitätswidrig.

Aber das haben die Konstrukteure des ESM doch sicher bedacht?

Schachtschneider: Eher nicht. Die Souveränitätsfrage ist jetzt deren Hauptproblem. Deshalb wird jetzt von Volksabstimmung gesprochen. Ich meine aber, daß es - trotz aller Einwände - nicht die Haushaltsfrage sein wird, die das Bundesverfassungsgericht dazu bewegen wird, den ESM-Vertrag zu verwerfen.

Warum nicht?

Schachtschneider: Weil das Gericht auch schon den temporären Euro-Rettungsschirm EFSF nicht hat scheitern lassen. Der einzige Unterschied ist im Grunde nur, daß der ESM permanent ist. Aber ob das ausreicht, das Gericht zu einer besseren Erkenntnis zu bewegen, wage ich zu bezweifeln. Ich glaube, die Schlacht wird nicht um den Haushalt, sondern um die Souveränität geschlagen.

Was bedeutet?

Schachtschneider: In unseren bisherigen Klagen haben wir darauf gedrängt, das Gericht möge anerkennen, daß die EU nicht legitimatorisch, aber funktional - also in ihren Befugnissen und Aufgaben - längst ein Bundesstaat ist. Denn damit wäre Deutschland nur noch ein Gliedstaat, was die Verfassung der Deutschen, das Grundgesetz nicht zuläßt.

Das Bundesverfassungsgericht hat aber immer wieder bestätigt, daß die EU eben kein Bundesstaat ist.

Schachtschneider: Richtig. Aber bereits das Lissabon-Urteil hat eingeräumt, die EU sei nun "beinahe" ein Bundesstaat. Verfassungsrichter Udo di Fabio sagte in der mündlichen Verhandlung: "Die EU segelt hart am Rande des Bundesstaates." Nun kommt diese permanente Finanzintegration durch den ESM und die anderen Euro-Rettungsmaßnahmen dazu. Jetzt wird das Gericht einräumen müssen, daß die Grenze zum Bundesstaat überschritten ist. Diese Frage wird der Kern des Prozesses sein.

Der "Münchener Merkur" schreibt: "Wenn Historiker eines Tages darüber sinnieren, wann Deutschland als souveräner Staat aufgehört hat zu existieren und die Metamorphose in ein Bundesland der Vereinigten Staaten von Europa begann, dann dürfte ihr Blick auf den Tag der Verabschiedung des ESM-Vertrags fallen."

Schachtschneider: Völlig richtig. Wir leben längst im entdemokratisierten Unionsstaat. Die politische Union ist weit entwickelt. Sie bedarf der Legitimation durch ein Unionsvolk oder muß gänzlich neu gestaltet werden. Dafür bin ich, für ein europäisches Europa, ein Europa der Vaterländer, das, völkervertraglich verbunden, in Frieden und Freiheit zusammenlebt. Und nicht für ein Europa einer von der Finanzindustrie bestimmten bürokratischen Diktatur, das mit dem langgezogenen Staatsstreik ertrotzt werden soll, und langfristig mittels Wahlen der weitgehend verarmten Bevölkerung in einen sozialistischen Staat ohne Völker umgewandelt wird. Aber genau das wird solange Maxime der Unionspolitik sein, wie diese nicht unterbunden wird.

Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider Der Staatsrechtler (72) lehrte in Berlin, Hamburg und Erlangen.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 12. September 2012: >>**Bundesverfassungsgericht billigt ESM-Vertrag unter Auflagen**

Das Bundesverfassungsgericht hat die Eilanträge gegen den ESM-Vertrag zurückgewiesen.

Die Karlsruher Richter billigten damit den permanenten Euro-Rettungsschirm, allerdings unter Auflagen. So muß die Bundesregierung sicherstellen, daß die Haftung Deutschlands auf 190 Milliarden Euro begrenzt ist. Weitere Einzahlungen in den ESM dürften nur mit Zustimmung des Bundestags erfolgen.

Geklagt hatten unter anderem der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, die Professoren Karl Albrecht Schachtschneide, Wilhelm Nölling, Wilhelm Hankel und Bruno Bandulet, die Linksfraktion im Bundestag sowie das von Ex-Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) unterstützte Bündnis "Europa braucht mehr Demokratie".

Abgelehnt wurde auch der Eilantrag Gauweilers, dem Bundespräsidenten so lange zu untersagen, das Gesetz zum ESM-Vertrag zu unterzeichnen, bis die Europäische Zentralbank ihre Ankündigung, unbegrenzt Staatsanleihen von angeschlagenen Euro-Staaten aufzukaufen, zurückgenommen habe. Gauweiler habe hierfür keine ausreichende Begründung geliefert, sagte der Präsident des Gerichts, Andreas Voßkuhle.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...):

>>**Deutsche sollen noch mehr bluten**

Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen

Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden. ...

Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlicher Deutschland zu.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 9. April 2013: >>**EZB-Studie Deutsche belegen beim Vermögen den letzten Platz**

Ausgerechnet die Zyprer gehören zu den reichsten Bürgern der Euro-Zone, Deutschland steht am Ende der Rangliste. Das geht aus einer Studie der EZB hervor. Doch die Methodik hat erhebliche Tücken.

Die Zahl ist ein Politikum, und darum wurde sie wochenlang akribisch unter Verschuß gehalten. Wie reich die Zyprer im Vergleich zum Rest der Währungsunion sind, das sollte nicht an die Öffentlichkeit gelangen, solange über ein Rettungspaket für die Insel verhandelt wurde.

Nun ist beschlossen, daß die Euro-Länder und der internationale Währungsfonds dem Land mit zehn Milliarden Euro unter die Arme greifen. Und jetzt wird auch klar, warum die Vermögensstudie zurückgehalten wurde. Denn die Ergebnisse, die die Europäische Zentralbank präsentiert, sind in der Tat nicht geeignet, der Zypern-Hilfe mehr politischen Rückhalt zu verschaffen.

Denn nach den Erhebungen der Zentralbanken der Euro-Zone sind die Zyprer das zweitreichste Volk überhaupt. Das Durchschnittsvermögen der Haushalte auf der Insel, der so genannte Median, liegt bei 267.000 Euro. Nur die Luxemburger kommen mit 398.000 Euro auf einen noch deutlich höheren Wohlstand.

Median-Vermögen: Deutschland belegt laut EZB-Studie letzten Platz

Deutschland steht dagegen mit einem Durchschnitt von mageren 51.400 Euro ganz am Ende der Rangliste. Und auch andere wichtige Geberländer wie die Niederlande, Österreich oder Finnland liegen unter dem Euroland-Median von 109.200 Euro, Frankreich nur knapp darüber.

Schließlich soll der Bundestag in der kommenden Woche das Rettungspaket für Zypern absegnen. Die Hilfe für die als Schwarzgeld-Paradies verschriene Insel war von Anfang an politisch besonders umstritten. Daß die Zyprioten nun zu den reichsten Europäern gehören sollen, dürfte Gegner der Stütze nur noch bestärken.

Allerdings hat die Methodik ihre Tücken, auf die in Zentralbankkreisen ausdauernd hingewiesen wird - zu Recht. Diese Eigenheiten schränken die Aussagekraft der Erhebung erheblich ein. Das fängt damit an, daß die Umfrage nach Wohnsitz unterscheidet, nicht nach Nationalitäten. In das Durchschnittsvermögen der Zyprioten fließen also Einheimische ebenso ein wie vermögende russische Oligarchen, die sich auf der Insel niedergelassen haben.

Deutschland ist Mieter-Land

Der Wohnungsbau-Boom läßt nach - es wird knapp

Der Bau von neuen Wohnungen boomt, aber das ist offenbar nur ein Strohfeuer. Knapp 55.000 Objekte wurden im Januar und Februar genehmigt. Doch wer denkt, damit wäre die Wohnungsknappheit gelöst, liegt falsch.

Größtes Problem ist jedoch das Thema Immobilienbesitz. Das eigene Heim macht europaweit den größten Teil des privaten Vermögens aus. Der Anteil der Hausbesitzer variiert jedoch von Land zu Land erheblich. So wohnen etwa in der Slowakei 90 Prozent der Haushalte in den eigenen vier Wänden, in Spanien sind es 83 Prozent und in Zypern immerhin noch 77 Prozent. Deutschland ist im Vergleich dazu ein Volk der Mieter: Nur 44 Prozent haben ein eigenes Haus. Das hat erhebliche Auswirkungen. Denn während ein deutscher Haushalt mit Eigenheim im Schnitt auf 216.000 Euro Vermögen kommt, sind es bei den Mietern nur 10.300 Euro.

Dazu kommt, daß die Zahlen bis zu fünf Jahre alt sind. Sie wurden in den Jahren 2008 bis 2010 erhoben. Genau zu der Zeit erlebte jedoch in etlichen europäischen Ländern eine Immobilienblase ihren Höhepunkt. Setzt man Immobilienpreise von 2002 an, fällt das Durchschnittsvermögen beispielsweise in Zypern um rund ein Drittel niedriger aus.

Eine weitere Unsicherheit besteht in der Art und Weise, wie die Daten erhoben wurden. Sie sind das Ergebnis einer Umfrage - die Befragten mußten daher den Wert ihres Vermögens und damit auch den Wert ihres Hauses selbst schätzen. Gerade in Märkten, die gerade einen Boom hinter sich haben, dürften die Menschen jedoch dazu neigen, den vermuteten Verkehrswert ihres Hauses eher zu hoch anzusetzen, heißt es in Zentralbankkreisen.

Vermögen: Ansprüche aus der Rente nicht eingerechnet

Die Deutschen werden immer reicher

Das Durchschnittsvermögen pro Erwachsenem steigt in Deutschland um 2,8 Prozent auf 174.000 Euro. Das geht aus dem "Global Wealth Report" hervor. Ein möglicher Grund könnte der Immobilienboom sein.

Die Notenbanker präsentieren daher auch Berechnungen, die die Vermögensunterschiede zwischen den Ländern deutlich zusammenschrumpfen lassen. Rechnet man die niedrigere Eigenheim-Quote und die Steigerung der Immobilienpreise seit 2002 heraus, landen die Deutschen auf einmal oberhalb des Eurozonen-Durchschnitts - und vor Zypern.

Was die Daten freilich in die andere Richtung verzerrt, denn wer sein Haus in Zypern oder Spanien vor Platzen der Blase verkaufen konnte, hat ja in der Tat ein gutes Geschäft gemacht und an Vermögen zugelegt.

Während das Vermögen in etlichen europäischen Ländern überzeichnet wird, dürfte Deutsch-

land in der Studie schlechter abschneiden, als es den realen Verhältnissen entspricht. Unberücksichtigt blieben etwa Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung sowie Betriebsrenten, die für viele, zumal ältere Deutsche einen erheblichen Teil ihres Vermögens ausmachen dürften. Allerdings müßten dann für ein vollständiges Bild auch die Zahlungsverpflichtungen der jüngeren Generationen für die öffentlichen Rentenkassen eingerechnet werden.

Die Haushalts-Umfrage der Notenbanken könnte auch noch in der Diskussion um künftige Rettungspakete eine Rolle spielen. Nummer drei der Vermögens-Rangliste ist Malta, an dessen Stabilität zuletzt angesichts des großen Finanzsektors im Land immer öfter gezweifelt wurde. Es folgen die beiden Dauer-Sorgenkinder Spanien und Italien. Nur ein Hilfspaket für Slowenien dürfte sich mit Hilfe der Studie eher leichter rechtfertigen lassen: Die slowenischen Haushalte sind unterdurchschnittlich reich - und so hoch verschuldet wie sonst nur die Zyprioten.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 10. April 2013 (x892/...): >>**Deutsche sind die ärmsten Europäer**

Lange wurden diese Daten der Europäischen Zentralbank von der EU-Kommission zurückgehalten, vermutlich weil sie politisch unkorrekt sind und die Deutschen die Frage aufwerfen könnten, warum sie eigentlich den Südeuropäern helfen sollen, die viel reicher sind. Nach diesen Daten sind die Deutschen die ärmsten Europäer.

Der Pleitestaat Zypern ist bei den privaten Vermögen hingegen auf dem zweiten Platz, direkt hinter den reichsten Luxemburgern und noch vor Malta. Zugrunde gelegt wird dafür das sogenannte Median. Dies bedeutet, daß der Betrag so berechnet ist, daß eine Hälfte aller vorkommenden Werte höher, die andere Hälfte niedriger liegt. Diese Zahlen sind aussagekräftiger als Durchschnittsvermögen.

Beim Durchschnittsvermögen wird das gesamte Vermögen eines Volkes durch die Anzahl der Einwohner geteilt. Auch hier ist übrigens Deutschland eher im unteren Drittel. Beim Bruttojahreseinkommen auf der Grundlage des Medianwertes liegt Deutschland fast gleichauf mit Zypern.

Beim Nettovermögen der Haushalte liegt in der EU liegt Deutschland auf dem letzten Platz und zwar so gar mit deutlichem Abstand vor dem zweitletzten, nämlich der Slowakei. Das Durchschnittsmedianvermögen in den EU-Staaten beträgt 109.000 Euro, in Deutschland liegt dieser Wert bei 51.000, bei der Slowakei bei 61.000 Euro und in Zypern bei 267.000 Euro.

Auch in anderen Bereichen, die untersucht wurden, wie dem Wohneigentum, liegt Deutschland weit hinter anderen Staaten. So gibt es in keinem anderen EU-Land weniger Hausbesitzer als in Deutschland.

Trotz dieser Zahlen trägt Deutschland den bei weitem größten Anteil an der "Eurorettung". Pleitestaaten wie Griechenland und Zypern die aufgefordert werden, entscheidende Reformen einzuleiten und sich zunächst so weit möglich dadurch selbst zu helfen, protestieren auf das heftigste, wärmen die alten Nazivorwürfe wieder auf (Griechenland prüft derzeit die Forderung von Reparationszahlungen von Deutschland für Schäden des 2. Weltkrieges) und fordern von den anderen EU-Staaten, besonders von Deutschland, daß diese Milliarden in die südeuropäischen Länder pumpen.

So führt der Euro nicht zum Frieden in Europa, sondern gerade das Gegenteil passiert: durch die Eurokrise ist die Feindschaft zwischen den Staaten Europas wieder fast so groß, wie nach dem 2. Weltkrieg. Die südeuropäischen Staaten hätten angesichts der Vermögenswerte, die in diesen Ländern vorhanden sind, durchaus die Möglichkeit, sich aus eigenen Kräften zu helfen und dies wäre nichts anderes als gerecht, denn für deren prekäre Situation sind sie selbst verantwortlich.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. August 2013 (x892/...): >>**Euro-Umverteilung zu Lasten der Rentner und Sparer**

Das Bundesfinanzministerium und Herr Schäuble sind glücklich. Von 2010 bis 2014 muß es 41 Milliarden Euro weniger an Zinsen zahlen. Dieses Geld wird durch die Niedrigzinspolitik bei höherer Inflation den Rentnern, den Sparern und vielen anderen Bürgern durch den Staat und seine Eurorettung geklaut. Man kann den Staat aber nicht wegen dieses Diebstahls verklagen.

Die Rendite für Sparer, die ihr Geld zur Alterssicherung in Lebensversicherungen oder anderen Anlagen zurücklegen, beträgt null. Die Inflation, obgleich bisher noch moderat, frißt gleichzeitig erhebliche Teile des Vermögens der Bürger auf. Was übrig bleibt, wird vom Staat durch immer höhere Steuern dem Bürger geklaut. Sozialisten und Kommunisten aller Schattierungen planen schon weitere Steuererhöhungen.

Ziel dieser ganzen Politik ist, die der FAZ-Wirtschaftskommentator Holger Steltzner schreibt "eine riesige Umverteilung vom Gläubiger zum Schuldner. Verlierer der finanziellen Repression sind Rentner und Sparer. Gewinner sind Banken und Schuldenstaaten."

Wer eine der im Bundestag vertretenen Parteien wählt, unterstützt diese Politik der Beraubung des Volkes.<<

Herbert Ludwig berichtete am 22. November 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x903/...): >>**Hintergründe der "europäischen Integrationsbewegung"**

Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflußreiche Gestalten: Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und der Franzose Jean Monnet (1888-1979).

I.

Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die "Vereinigten Staaten von Europa", einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg "mit 60.000 Goldmark zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre" unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. ("Ein Leben für Europa", Seite 124-125)

In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23).

Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongreß ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde. Geschäftsführer wurden die berühmtesten US-Geheimdienst-Bosse: William "Wild Bill" Donovan und Allan Dulles. Die Finanzie-

rung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahen Unternehmensgruppen.

Das Committee unterstützte die *Europäischen Bewegung*, die im Juli 1947 von Winston Churchill und Duncan Sandys initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der *Vereinigten Staaten von Europa* und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen großen Einfluß ausübte.

Das American Committee for a United Europe (ACUE) war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der *Europäischen Bewegung* (50 %), der *Union Europäischer Föderalisten (UEF)* und besonders deren *European Youth Campaign* (100 %). Damit konnte Einfluß auf die Führer der "Europäischen Bewegung" Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Rętinger genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia)

Das ist der Humus der hauptsächlichsten internationalen Organisationen, welche die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrations-Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben. Ein kleines Beispiel: 2012 wurde überraschend der Friedensnobelpreis an die EU verliehen, offenbar wegen des "friedensstiftenden" Euros, der in immer mehr EU-Staaten die Menschen verzweifelt auf die Straßen und die Völker auseinander treibt.

Ein englischer Kritiker meinte, warum sie nicht auch noch wegen der großartigen "Euro-Rettungspolitik" den Wirtschaftsnobelpreis erhalten habe. Wie kam es zu dieser Preisverleihung? Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, der Norweger Th. Jagland, ist gleichzeitig Generalsekretär des "Europarates", also der großen europäischen, von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanzierten EU-Förderorganisation, die so eng mit ihr verbunden ist, daß sie dieselbe Flagge und Hymne verwendet. Die EU hat sich also, dank CIA, den Friedensnobelpreis quasi selbst verliehen.

Winston Churchill hatte schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten "eine Art Vereinigte Staaten von Europa" gefordert, d.h. er las ein Manuskript vor, das Kalergi für ihn geschrieben hatte (s. Wikipedia). Am 14.5.1947 verriet Churchill in einer Rede in London noch tiefere angloamerikanische Ziele mit Europa:

Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles. (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Hier klingt auf, was sonst mehr verklausuliert unter dem Namen "Neue Weltordnung" als "Eine Welt" angestrebt wird und überall da bemerkbar ist, wo die Völker "durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen aneinander gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt" werden. (Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung - Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?", S. 13) Solche Organisationen sind die UNO, der IWF und die Weltbank, Nato, Internationaler Strafgerichtshof usw. und eben die EU, um die bisher hauptsächlichsten zu nennen.

II.

Die zweite der einflußreichsten Gestalten, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi zeit seines Lebens unter dem Einfluß führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war "ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit" und "ein Zentrum (insbesondere) angelsächsischer Einflußnahme auf dem Kontinent". (Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81).

Während des ersten Weltkrieges koordinierte er nach Wikipedia maßgeblich "die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten." 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles.

Von 1919 bis 1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der - in Versailles gegründeten - Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 20er und 30er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, die, wie andere amerikanische Banken auch, Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland unterhielt.

1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 "wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte", wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt (Bracher S. 83).

Nach dem Krieg gehen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammt der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet.

Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa". Es "blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat." (Bracher, S. 84) So wird Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das "eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen", wofür er mit dem Titel "Vater eines vereinten Europa" bedacht wurde (S. 80).

Zwei Bewunderer von Monnet, Merry und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: "Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa" seinen Plan dar:

"Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Straßburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, daß ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne daß sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden."

Laut Focus 34/ 2010 sagte Monnet:

"Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne daß die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muß schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand."

Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren - bis heute.

Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

In genau der Linie Monnets liegt auch, wie Jean-Claude Juncker laut Spiegel 52/1999 seinen EU-Kollegen die richtige demokratische Vorgehensweise erklärte:

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Das Ziel europäischer Bundesstaat war der europäischen Integrationsbewegung also von Anfang an immanent. Darauf weist auch das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Abriß seines "Lissabon-Urteils" vom 30. Juni 2009 deutlich hin:

"Bestrebungen richteten sich auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen Nation. Man wollte mit einer Verfassung den europäischen Bundesstaat begründen. ... Der Idee der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa standen von vornherein kräftige nationalstaatliche Orientierungen gegenüber... Mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft wurde deutlich, daß sich der europäische Bundesstaat nicht direkt verwirklichen ließ. ... Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch außen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden...."

Zu diesen Wirtschaftsbedingungen gehört auch die Einführung des Euro und die Euro-Krise, die, wie in einem Artikel dieses Blogs dargelegt wird, offensichtlich planmäßig herbeigeführt worden ist.

Weitere Belege bringt ein Video der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" vom 4. Juni 2012 mit dem Titel "Die EU ist nicht Europa, sondern seine Zerstörung". Darin wird Jaques Attali, vormals Berater des französischen Präsidenten Mitterand, zitiert, der "bei den Verhandlungen 1990 dabei (war), als Bundeskanzler Kohl die Aufgabe der D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung aufgezwungen wurde.

Laut Attali soll damals Mitterand mit einer Wiederbelebung der 'Tripple Entente' (Militärbündnis von 1907 zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußlands gegen Deutschland) gedroht haben. Im Januar letzten Jahres (also 2011) ließ Attali die Katze aus dem Sack. In einer Rede über die Eurokrise sagte er, die Krise sei nicht nur vorhersehbar gewesen, man habe sie sogar bewußt geplant, um eine starke europäische Haushaltsföderation zu schaffen.

"Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastricht-Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, daß ein Austritt unmöglich wäre. Wir haben einen Artikel, der (einem Mitgliedstaat) den Austritt erlaubt, absichtlich 'vergessen'. Das war nicht sehr demokratisch. Doch es war eine große Garantie dafür, die Dinge schwieriger zu machen, damit wir gezwungen waren, weiter voranzuschreiten".

Weiter wird in dem Video Giuliano Amato zitiert, ehemaliger Vizepräsident des "Europäischen Konvents" für eine europäische Verfassung, der in einem Interview mit "La Stampa" am 12. Juli 2000 erklärte:

"Deshalb ziehe ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu den Befugnissen des Bundes zu vermeiden. ... Ohne Souveränitäten (der Einzelstaaten) werden wir keinen Totalitarismus haben. Demokratie braucht keinen Souverän."

Er übergeht, daß uns dafür - ohne einen demokratischen Souverän - der viel größere bürokrati-

sche Totalitarismus der EU aufgezwungen wird, die mit imperialistischen Weltmacht-Ambitionen den früheren Nationalismus der Einzelstaaten auf einer größeren Ebene als Europa-Nationalismus nur fortsetzt.

Unverblümt in dieser Richtung sind die Worte des Briten Robert Cooper, vormaliger Berater Tony Blairs und jetziger Top-Berater von Lady Catherine Ashton, der "Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitsfragen", die er in seinem Buch "The Breaking of Nations" (2003) geschrieben hat:

"Beim Umgang mit der altmodischen Sorte von Staaten außerhalb der postmodernen Grenzen müssen sich die Europäer auf die rauheren Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen: Gewalt, ... Angriffe, Täuschung, was immer auch für diejenigen notwendig ist, die noch in der Welt des 19. Jahrhunderts gefangen sind, wo jeder Staat für sich existierte. Im Dschungel muß man sich an die Gesetze des Dschungels halten."

Mit diesem Artikel könnte auch der letzte Zweifler erkennen ... "Neue Weltordnung" ist keine Verschwörungstheorie, sondern wenn man so will eine globale Reform (Neuordnung). Die wohl wie auch schon immer in der Geschichte, von einigen wenigen erdacht und für alle anderen gültig.

EU-Vision

Was haben sie vom Menschen-Ich verstanden?

Sie schwemmen mit Konsum Europas Fluren,

Ersticken seiner Völker Hochkulturen

Und schlagen ihren Geist in feste Banden.

Es ist das Ich, das die Entwicklung treibt,

Aus dem Kultur- und Geistesblüten sprossen.

Sie haben es in Normen eingeschlossen,

In denen es sich innerlich zerreibt.

So phrasenhaft ward "Freiheit" nie verwendet.

Die äußere Leibes-Sicherheit verdeckt,

Wie Vormundschaft die Selbstbestimmung schändet;

Unendliche Verordnungsflut bedeckt

Europaweit des Menschen eig'ne Wege.

Er irrt in eines Monsterstaats Gehege.

(hl)<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 23. Januar 2015 (x892/...): >>"Mario Draghi ist ein Verbrecher"

Nach der Überschwemmung der Finanzmärkte mit über einer Billionen Euro Steuergeldern europäischer Steuerzahler hat die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch den EZB-Chef als "Verbrecher" bezeichnet. Der Italiener macht, wie von vielen befürchtet, mit der EZB die gleiche Geldpolitik, wie sie Italien schon seit Jahrzehnten betrieben hat, als es noch die Lire gab. Auch von vielen anderen europäischen Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und Experten kam zum Teil heftige Kritik an der asozialen Politik der Euro-Verbrecher. Die einzigen Profiteure sind die, die jetzt jubeln: die Banken und Finanz-Jongleure.

Die AfD-Europaabgeordnete Beatrix von Storch nannte Draghi einen "Verbrecher", der eine "asoziale" Politik verfolge. "Er hat soeben in Frankfurt angekündigt, die Märkte mit mehr als einer Billion Euro zu fluten. Vermögende werden noch vermögender. Arme werden ärmer. Umverteilung von unten nach oben wie noch nie in der Geschichte", kritisierte von Storch.

Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch warf Bundeskanzlerin Angela Merkel vor, die Bundesbank im Kampf gegen das EZB-Programm allein gelassen zu haben. "Alle Notenbankchefs von stabilitätsorientierten Ländern sind dagegen", betonte er gegenüber dem Handelsblatt.

Der Präsident des Münchner Ifo-Institutes, Hans-Werner Sinn, sagte: "Das ist illegale und unsolide Staatsfinanzierung durch die Notenpresse. Wenn die EZB Papiere kauft, werden die Staaten neue Papiere verkaufen und somit von der Druckerpresse finanziert." Dies sei laut EU-Verträgen "eigentlich verboten und bedarf der Klärung durch das deutsche Verfassungsgericht". Doch wie man weiß: Wenn es um die EU geht, nickt das Verfassungsgericht alles ab. Die Menschen können sich auf niemanden mehr verlassen. Sie müssen jetzt ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen.

Die EZB sei ein "unkalkulierbares Risiko" eingegangen, sagte Verbandschef des Bunds der Steuerzahler Reiner Holzengel der Neuen Osnabrücker Zeitung. "Jetzt sind die Geldschleusen auf." Für die Rekordschulden der Staaten in der Euro-Zone seien allein die nationalen Regierungen verantwortlich.

Der deutsche Versicherungsverband zeigte sich besorgt über die Auswirkungen für Sparer in Deutschland. "Der Schritt der EZB ist eine Zumutung. Es ist vollkommen ungewiß, ob das Ankaufprogramm die erhofften Effekte bringt", warnte dessen Präsident Alexander Erdland. Sicher sei hingegen, daß weiterer Schaden für die Sparkultur in Deutschland angerichtet werde. "Denn das Ankaufprogramm verstärkt den Druck auf festverzinsliche Wertpapiere, die eine Säule der privaten Altersvorsorge sind. Das macht es uns jetzt noch schwerer, den Menschen gute Angebote für ihr Alter zu machen."

Alle Befürchtungen der Bürger in Europa, insbesondere der Deutschen, werden bestätigt. Die EU und die EZB sind Organisationen, die gegen die Interessen des Gemeinwohls, gegen ein christliches Europa und für gesellschaftszerstörende Ideologien und für die Macht der Banken kämpfen. In einem gesunden Staat, der das Gemeinwohl im Blick hat, müßten Merkel, Schäuble und Konsorten ins Gefängnis.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 24. Juni 2016 (x892/...): >>**Anfang vom Ende der EU?**

Die Briten haben entschieden. Mit einer klaren Mehrheit von 51,9 Prozent der Stimmen verabschieden sich die Briten aus der Europäischen Union. Dazu gratulieren wir den Völkern der Insel im Westen Europas. Die von der EU-Bürokratie gesteuerten Medien sind da natürlich völlig anderer Meinung. Einstimmig (!!!) beschimpfen die Medien die britischen Wähler wegen ihrer Entscheidung gegen eine Fortsetzung der permanenten Eingriffe in die persönlichsten Bereiche der Familien und Menschen in Europa und für ihre Selbständigkeit. Für die EU bedeutet bekanntlich "Demokratie" das zu wollen, was die EU-Bonzen wollen. Niemand stellt sich ernsthaft die Frage, warum die Bürger die Nase voll haben von der EU.

Die gesamte Argumentation gegen den EU-Austritt beruht auf einem einzigen Punkt: den wirtschaftlichen Nachteilen für die Briten und wohl auch für die EU. Aber das war den Wählern durchaus bewußt. Sie haben sich trotzdem für den Austritt entschieden.

Wäre die EU noch die EWG, handelte es sich um eine Wirtschaftsgemeinschaft, in der die Dinge subsidiär geregelt werden, die von den Nationalstaaten nicht oder nur sehr schwierig geregelt werden können, hätte es keinen Brexit gegeben und es gäbe auch kaum Widerstand gegen die EU.

Doch die EU will mehr: sie mischt sich in Bereiche ein, die von den Nationalstaaten und den Regionen viel besser geregelt werden können. Dies verstößt gegen das naturrechtliche Prinzip der Subsidiarität, nach dem jede Gemeinschaft die Angelegenheiten selbst regeln muß und darf, die sie selbst regeln kann. Dazu gehört fast alles, aber es gibt durchaus sinnvolle Regelungen, die von der Gemeinschaft besser geregelt werden können, z.B. wirtschaftliche Fragen zwischen den Mitgliedsstaaten und die Kooperation mit anderen Ländern und Gemeinschaften.

Auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik wäre sinnvoll, um sich von der US-Vorherrschaft in der NATO zu lösen. Doch da geschieht nichts. Die EU ist nur ein Anhängsel der USA und

ihrer Hegemonialinteressen. Nirgendwo wird das deutlicher als bei den Boykottmaßnahmen gegen Rußland, die den EU-Mitgliedern erheblich schaden, den Amis aber nur nutzen.

Das sich über die Hälfte eines Volkes trotz der wirtschaftlichen Vorteile der EU aus dieser totalitären Organisation verabschiedet, sollten den EU-Bonzen eigentlich zu denken geben, zumal in den meisten westeuropäischen Ländern die Bürger ähnlich denken wie die Briten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Die EU-Diktatoren kündigen bereits Strafmaßnahmen gegen die Briten an und es geht so weiter wie bisher, nur noch radikaler.

Statt Kompetenzen an die Mitgliedsstaaten zurückzugeben, wird man die Politik der Einmischung in alle Lebensbereiche der Bürger und Familien weiterbetreiben. Nur ein Beispiel: Wäre es möglich gewesen, die Gender Mainstreaming Politik in einem europäischen Land durchzusetzen, wenn dies nicht von den EU-Diktatoren befohlen worden wäre? Hätte es für eine solche Politik in einem nationalen Parlament eine Mehrheit gegeben? Ähnliches gilt für viele andere Bereiche in der Gesundheitspolitik der Familienpolitik usw.

Wir Katholiken sind nicht gegen eine gemeinsame europäische Politik. Aber wir sind gegen Eingriffe der EU in Bereiche, die sie nichts angeht. Eine EU ist sinnvoll, wenn sie STRENG das Subsidiaritätsprinzip beachtet. Da DIESE EU dies niemals tun wird, bleibt nur der Austritt und die Vertreibung der EU-Diktatoren!<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 13. September 2016 (x892/...): >>Immigration: eine einzigartige Gelegenheit, das auf Christentum und Nationen gegründete Europa zu zerstören

Der Außenminister des kleinsten europäischen Landes (Luxemburg) hat das souveräne Ungarn zu einem Kurswechsel seiner Politik aufgefordert, ansonsten werde es zeitlich begrenzt oder auf Dauer aus der EU ausgeschlossen. Wenig bekannt ist eine aktuelle Rede des Premierministers Viktor Orban zum Thema der Flut illegaler Immigranten nach Europa, die wohl den Zorn der EU-Mächtigen auf sich gezogen hat und die wir hier in den wichtigsten Auszügen wiedergeben.

"Wenn wir wirklich helfen wollen, dann müssen wir wirklich dort helfen, wo die Ursache für das Problem liegt. Wenn Europa das beste für sich selbst will und eine Gemeinschaftsarmee schaffen will, dann muß es auch das Mittelmeer kontrollieren und - so wie es auch die alten römischen Kaiser taten - leere und nicht berechnete Boote und Schiffe versenken.

Die Migration wird enorme Konsequenzen für Europa haben, und in dieser Situation haben wir, die Europäer, noch nicht einmal entschieden, was wir wirklich wollen. Unser tatsächliches Problem ist Brüssel, nicht die Einwanderer. Wir sollten entscheiden, ob wir einzelne Nationen oder ein vereinigtes Europa wollen.

Wenn wir die Einwanderer einladen, dann ist es ganz offensichtlich, daß sie auch kommen werden. Ich hoffe, daß wir mit dem ungarischen Referendum (über die Aufnahme von Einwanderern) dem restlichen Europa ein Beispiel geben und daß nach den Wahlen im nächsten Frühjahr eine neue Elite die EU führen wird statt der augenblicklichen Elite von Nihilisten, eingeschlossen Juncker, Verhofstadt und Schulz.

Der politische Krieg, der sich auf das Thema der Migration gründet, ist eine Gelegenheit, welche die beiden Parteien zufriedenstellt. Für sie ist es eine einmalige Gelegenheit, das auf das Christentum und die Nationen gegründete Europa zu zerstören, um die ethnischen Grundlagen Europas völlig zu verändern.

Sie wissen ganz genau, daß die Moslems niemals für eine Partei mit christlichen Wurzeln stimmen werden, und so werden die konservativen Parteien schon wegen der enormen Menge der anwesenden Moslems von der Macht verdrängt werden.

Es ist dieser Krieg aber auch eine ganz ausgezeichnete Möglichkeit für die Verfechter der Nationalstaaten mit christlichen Wurzeln. Unsere große Möglichkeit heute ist es, jede Diskussion über die Migrationskrise durch dieses obligatorische System zu verhindern."

Noch vor kurzem hatte Orban das Vorhaben bestätigt, einen zweiten Stacheldrahtzaun errichten zu lassen, um Ungarns Grenzen zu schützen - er habe keinerlei Vertrauen in die Absicht der EU-Führer, die Flut der Migranten aus dem Mittleren Orient und aus Afrika einzudämmen.

Der luxemburgische Außenminister Asselborn hatte öffentlich geäußert: "Wer wie Ungarn Zäune gegen Kriegsflüchtlinge baut oder wer die Pressefreiheit oder die Unabhängigkeit der Justiz verletzt, der sollte vorübergehend oder notfalls für immer aus der EU ausgeschlossen werden." - Nun, das wäre - wie wir meinen - durchaus eine Chance für Ungarn. Und es bräuchte noch nicht einmal ein Referendum zu organisieren, wie Großbritannien das noch mußte. Deutlich reagierte auch Ungarns Außenminister Szijjártó: er nannte Asselborn "belehrend, arrogant und frustriert" und eine "unernste Figur", die "sich schon längst selbst aus der Reihe der ernst zu nehmenden Politiker ausgeschlossen" habe.

Daß Ungarn seine und damit die EU-Außengrenzen völlig rechtens und zu Recht sichert, sich und uns gegen illegale Einwanderung schützt und im übrigen eben genau jene Verträge wie Dublin II respektiert, die ansonsten in bzw. von der EU massenhaft gebrochen werden, muß hier nicht wiederholt werden und wirft ein ganz bezeichnendes Licht auf die Gründe für die Reaktionen gewisser EU-Verantwortlicher.<<

Herbert Ludwig berichtete am 24. Oktober 2017 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die katholische Kirche und die Europäische Union (x977/...): >>**Der Heilige Stuhl und der "Kreißaal der EU"**

Eine wesentliche Entwicklungslinie, die zum Beginn und zur weiteren Förderung der europäischen Einheitsstaats-Bewegung geführt hat, zieht sich von Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Winston Churchill und dem US-Geheimdienst über das "American Committee for a United Europe" (ACUE), zur "Europäischen Bewegung", der "Union Europäischer Föderalisten" (UEF) und den "Europarat".

Diese weitgehend vom CIA mitfinanzierten hauptsächlichsten Organisationen bilden den Humus, welche die heute bis zur EU entwickelte Brüsseler Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.

Zentrales Motiv der angloamerikanischen Förderung eines europäischen Staates ist es, eine Entwicklung Deutschlands als unabhängige, selbständige Nation für die Zukunft auszuschließen. Dies ergibt sich schon aus einem Papier des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1949, in dem es hieß, daß die Besatzungsherrschaft nur aufgelöst werden sollte, wenn "*ein angemessener Rahmen einer allgemeinen europäischen Union, in die Deutschland absorbiert werden kann*", existiere.

Die Initiative für einen solchen Rahmen solle man aber den Europäern selbst überlassen und sie nur von außen unterstützen. Die Initiative ist ja insbesondere von Coudenhove-Kalergi und Jean Monnet ergriffen worden. Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

Der Einfluß der römisch-katholischen Kirche

Eine zweite Linie geht vom "Heiligen Stuhl" in Rom aus. Die Päpste und die ihr unterstehenden Kirchenoberen haben die von den weltlichen "Eliten" betriebene Entwicklung zu einem europäischen Bundesstaat von Anfang an unterstützt. Eine der treibendsten katholischen Kräfte war Papst Pius XII.

Nach der Gründung der EWG und der EURATOM am 25. März 1957 in Rom, die der 1951 in Paris gegründeten Montanunion zur Seite traten, kritisierte er auf dem Europa-Kongreß, daß insbesondere die EWG noch keine eigentliche Gemeinschaft sei, weil ihr eine eigene Autorität fehle, die "wirkliche Gewalt" besitze und Verantwortung trage.

Er gab den politischen Akteuren die Aufgabe mit auf den Weg, "*für eine Stärkung der Exeku-*

tive in den bestehenden Gemeinschaften zu sorgen und damit die Konstituierung eines einheitlichen politischen Organismus ins Auge zu fassen." Eine europäische Außenpolitik schien ihm schon damals möglich und nötig.

Otto von Habsburg

Zu den intensiv in diesem Sinne für die Interessen der katholischen Kirche Wirkenden gehörte Otto von Habsburg, der 1912 geborene älteste Sohn von Karl I., des letzten, 1922 mit 35 Jahren im Exil in Portugal gestorbenen Kaisers von Österreich-Ungarn.

Kaiser Karl wurde "von seinen Biografen einhellig eine tiefe Religiosität und bedingungslose Treue zur katholischen Kirche bescheinigt. Kritiker sehen in Karl einen "Befehlsempfänger der Kirche" (Brigitte Hamann), der als "politischer Diener der Kirche" sich sklavisch an die Vorgaben der Kirche gehalten und dadurch die Trennung von Staat und Kirche ignoriert hätte."

Aus Dankbarkeit wurde er am 3. Oktober 2004 *"von Papst Johannes Paul II. in die Reihen der Seligen der römisch-katholischen Kirche aufgenommen. ... Die Kirche würdigte durch ihre Entscheidung Karls Sicht des Herrscheramtes als "Heiligen Dienst" und erklärte ihn zum Vorbild für politische Verantwortungsträger."*

Entsprechend tief war auch sein Sohn Otto mit der Katholischen Kirche verbunden. *"Seine Mutter erzog ihren Sohn auch nach dem Untergang der Doppelmonarchie und der 1921 in Ungarn beschlossenen Entthronung (Dethronisation) der Habsburger zu einem römisch-katholischen Monarchen."* (Wikipedia)

Er war ... ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens", einer katholischen Ordensgemeinschaft, die ein vorbildliches Leben nach den Lehren und Vorschriften der Kirche vorschreibt. Ebenso gehörte er dem "Orden vom Goldenen Vlies" an, dessen Ziel die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums ist.

Ab Mitte der 1930er Jahre setzte sich Otto von Habsburg innerhalb der "Paneuropa-Union" an der Seite des Gründers Richard Graf von Coudenhove-Kalergi für die europäische Einigung, also einen europäischen Bundesstaat ein. Der römisch-katholische Laienorden "Opus Dei" favorisierte ihn als künftigen Monarchen über ein vereintes katholisches Europa.

Von 1957 bis 1973 war er Vizepräsident der Paneuropa-Union, von 1973 bis 2004 als Nachfolger Kalergis Präsident und von 2004 bis 2011 Ehrenpräsident. (Wikipedia) Nachdem er 1978 neben der österreichischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte, war er von 1979 bis 1999 für die CSU Abgeordneter im Europäischen Parlament.

Als Gegner des Nationalsozialismus floh er 1940 in die USA. Er pflegte intensive persönliche Kontakte zu Präsident Franklin Roosevelt und insbesondere Winston Churchill, den er für das Nachkriegskonzept einer Donauföderation interessierte. Nach seinen Vorstellungen sollte auf dem Gebiet des früheren Österreich-Ungarns ein neuer monarchischer Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn nach dem Vorbild Belgiens entstehen, der zwei große Bevölkerungsgruppen vereinigte.

Auch die Länder Bayern, Baden, Württemberg und Hohenzollern-Sigmaringen sollten als Monarchien wiederhergestellt und in einem sogenannten "Süddeutschen Bund" vereinigt werden. (Wikipedia)

Jozsef Retinger

Einen noch tiefer gehenden Einfluß übte der undurchsichtige Pole Dr. Jozsef Retinger (1888-1960) aus. Er absolvierte ... das Noviziat des Jesuiten-Ordens in Rom ab, hängte allerdings wegen der "zu großen Hürde des Zölibats" den Priesterberuf wieder an den Nagel.

Den Besuch einer katholischen Schule zu erwähnen, ist in unserem Zusammenhang nicht unwichtig, soll diese ihre Schüler doch im Geiste *"katholischer Lehre und Praxis"* erziehen. Und die von den Jesuiten gegründeten Schulen und Universitäten sollen *"Gewähr dafür bieten, daß*

kommende Generationen fest verwurzelt im katholischen Glauben heranwachsen - modern ausgedrückt, sicherten sie sich damit langfristig die kulturelle Hegemonie." (Wikipedia)

Offensichtlich blieb Retinger auch Kirche und Orden weiterhin treu verbunden.

Während und nach seinem Studium ... kam er dank seines Förderers Graf Zamoyski mit zahlreichen führenden Leuten aus Kultur und Politik in Berührung. *"Etwa zur selben Zeit beginnt er seine politische Karriere ...*

Im Ersten Weltkrieg gelang es Retinger, *"Polen zu verlassen. Er trägt eine Reihe sehr wichtiger Dokumente und Briefe bei sich, unter anderen einen von Erzbischof Bilczewski an seinen Kollegen in Westminster (Kardinal Bourne). Des weiteren bekommt er Instruktionen von Bilczewski, und die Dokumente, die an Retinger übergeben wurden, tragen die Unterschriften von einigen 20 führenden polnischen Persönlichkeiten. Dank dieser Papiere ist Retinger in der Lage zu beweisen, daß er derjenige ist, der das Sagen hat, mit der vollen Handlungsvollmacht überall als ein Art polnischer Botschafter zu agieren."*

Seine Beziehungen zu führenden Persönlichkeiten der Westmächte führen ... dazu, daß er zur Verhandlungsdelegation des belgischen Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma gehört, die Anfang 1917 geheim einen Separatfrieden mit Kaiser Karl I. von Österreich-Ungarn sondieren soll.

"Dies ist ein komplexes Thema, weil der sogenannte Habsburg- oder Ledóchowski-Plan damit zu tun hat. Dieser Plan wollte für das Haus von Habsburg einen Staatenbund aus römisch-katholischen Ländern in Zentral- und Osteuropa arrangieren. Obwohl dieser Plan vom General der Jesuiten stammte, Graf Wladimir Ledóchowski - selbst ein Pole -, so erwies er sich ebenso, der Traum des späteren Papst Pius XII. zu sein. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, wurde Retinger zu einem der Verhandlungsführer, zusammen mit Prinz Sixtus von Bourbon-Parma und dem General der Jesuiten. ...

Während des Zweiten Weltkrieges wurde er einer der engsten Berater von General Sikorski, den Ministerpräsidenten der polnischen Exilregierung in England, der ihn den "Cousin des Teufels" nannte.

Nach dem Krieg setzte er sich intensiv für die europäische Integrationsbewegung ein und war 1947 maßgeblich an der Gründung der (vom "American Committee for a United Europe" geförderten) "Europäischen Bewegung" beteiligt, deren erster Generalsekretär er wurde und 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag organisierte, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Auch die Gründung des bis heute außerordentlich einflußreichen "Europarates" geht auf seine Initiative zurück. Schließlich entsprang auch die Gründung der "Bilderberger-Konferenzen" seinen strategischen Planungen, für die er Prinz Bernhard der Niederlande als Vorsitzenden und Symbolfigur gewann. (Wikipedia)

Das Wirken Józef Retingers für eine staatliche Einigung Europas im Sinne des Vatikans, sozusagen für ein "Heiliges Römisches Europa", war also noch ungleich grundlegender als das Otto von Habsburgs.

Im "Kreißaal der EU" in Rom

Die feierliche Unterzeichnungszeremonie der Gründungsverträge von EWG und EURATOM, den Vorläufern der EU, fand am 25. März 1957 ... in Rom ... statt. Von den für die 6 Gründungsländer Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnenden Staatsmänner waren die meisten - K. Adenauer, Chr. Pineau, A. Segni, J. Luns - katholisch geprägt.

Der Saal ist mit seinen Wandmalereien der Erinnerung an die kriegerischen Ursprünge des Römischen Imperiums gewidmet. Die Statuen zweier Päpste dokumentieren in geistiger

Nachfolge des Imperiums den Machtanspruch der römisch-katholischen Kirche über die Seelen der Menschen.

Nach der Erhebung des Christentums zur römischen Staatsreligion im 4. Jh. hatte die römische Kirche Struktur und juristische Denkweise des zerfallenden römischen Imperiums angenommen, der Bischof von Rom war mit Hilfe der Macht der römischen Kaiser gegen den Widerstand der meisten anderen Bischöfe zum Oberhaupt (Papst) aufgestiegen und hatte von den Kaisern das Amt des Pontifex Maximus, des obersten Priesters, übernommen. Die Auswahl des symbolträchtigen Ortes war sicher kein Zufall, sondern gezielt angeordnet.

Auch die Unterzeichnung des "Vertrages über eine Verfassung für Europa", der die EU bereits in einen Quasi-Bundesstaat erheben sollte, fand 47 Jahre später, am 29. Oktober 2004, feierlich in diesem Saal statt, den die Süddeutsche Zeitung daher in wohlwollender Flapsigkeit als "Kreißaal der EU" bezeichnete.

Dabei ist nicht unwesentlich, daß diese Verfassung maßgeblich unter der Leitung des Jesuitenzöglings und früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing entworfen wurde, der wie Otto von Habsburg ein herausragender Ritter des "Souveränen Malteserordens" ist.

Die unterzeichnenden Staatsmänner saßen direkt unter der mächtigen, überlebensgroßen Statue des Papstes Innozenz X., der gleichsam seine segnende rechte Hand über sie ausstreckt. ... Innozenz X. war Papst von 1644-1655.

Als 1648 der Dreißigjährige Krieg - für die katholische Kirche praktisch erfolglos - mit dem Westfälischen Frieden beendet wurde, der den Herrschafts- und Einflußbereich der Protestanten festschrieb, wandte sich Innozenz mit aller Schärfe dagegen und verweigerte als einziger die Unterschrift unter den Friedensvertrag. Europa sollte katholisch bleiben und nicht teilweise unter protestantische Herrschaft geraten.

Der Papst erklärte in einem Schreiben ("Zelo domus Dei") *"kraft Apostolischer Machtvollkommenheit den Artikel des Westfälischen Friedens für nichtig, ungültig, unbillig, ungerecht, verdammt, verworfen, vergeblich, der Kräfte und Erfolge entbehrend für alle Zukunft, niemand sei zu ihrer Einhaltung verpflichtet."* (Wikipedia)

Die unterzeichnenden Staatsmänner blickten genau gegenüber auf die gleichfalls übermächtige Statue von Papst Urban VIII. (1623-1644), des unmittelbaren Vorgängers von Innozenz X. Papst Urbans unerbittlicher Vernichtungswille der deutschen Protestanten kam anlässlich der Verwüstung Magdeburgs am 20. Mai 1631 durch die Truppen der katholischen Liga zum Ausdruck. Es war zu tagelangen Raubzügen, Vergewaltigungen und Gewalttaten gekommen, bei denen mehr als 20.000 Bürger getötet wurden.

"In ganz Europa war man über dieses Massaker entsetzt, und es gilt als das größte und schlimmste während des Dreißigjährigen Krieges. Es hieß, die Taten und der Schrecken seien in ihrer Entsetzlichkeit 'nicht in Worte zu fassen und nicht mit Tränen zu beweinen'. Papst Urban VIII. hingegen verfasste am 24. Juni 1631 ein Schreiben, in dem er seine Freude über die "Vernichtung des Ketzernestes" zum Ausdruck brachte." (Wikipedia)

Was drückt sich in dieser Symbolik aus?

Aus der Ich-Kraft und dem Freiheitsimpuls Mitteleuropas erhob sich mit der Reformation die größte Rebellion gegen den religiösen Herrschaftsanspruch des Papsttums. Zwar geht von der verflachten Evangelischen Kirche von heute keine Gefahr mehr für Rom aus, aber man weiß, daß in dem Geistesstreben der Deutschen, wie es in der deutschen Klassik, Romantik und Philosophie des Idealismus besonders zum Ausdruck kam, *nach wie vor die größte Gegnerschaft schlummert.* ... Doch dieses Streben zielt danach, die Grenzen von Religion und Wissenschaft aufzuheben, so daß der Philosoph Schelling formulierte: *"Die deutsche Nation strebt mit ihrem ganzen Wesen nach Religion, die mit Erkenntnis verbunden und auf Wissenschaft begründet ist."*

Damit wird der Priester als Vermittler zwischen irdischer und göttlicher Welt überflüssig. Das ist schon in Luthers Tat veranlagt, der die jedermann zugänglichen Evangelien über die Dekrete des Papstes stellte. Daher wird auch Rudolf Steiner, der in Anknüpfung an den deutschen Idealismus ... einen wissenschaftlichen Weg zur Erkenntnis der geistig-göttlichen Welt, eine Geistes-Wissenschaft begründete, von der katholischen Kirche auf allen Ebenen bekämpft. Im unmittelbaren Verhältnis jedes Menschen zur göttlich-geistigen Welt liegt die größte ... Bedrohung der Kirche.

Ein unabhängiges Deutschland mit einem freien Geistesleben muß daher verhindert und in einem europäischen Bundesstaat gebunden oder gar absorbiert werden.

Die 60-Jahr-Zeremonie

Die EU befindet sich gegenwärtig in einer schweren Krise, die einen besonders dramatischen Ausdruck in der Austrittserklärung Großbritanniens gefunden hat. Was lag da näher, als am 25. März 2017, dem 60. Jahrestag der Unterzeichnung der römischen Verträge, zusammenzurücken und im selben Saal in Rom die Gründungsideale erneut zu beschwören.

Die Regierungschefs der verbleibenden 27 EU-Staaten unterzeichneten feierlich eine Erklärung, die das Versprechen der EU auf Frieden, Freiheit und Wohlstand erneuern soll. *"Heute erneuern wir in Rom unser einzigartiges Bündnis freier Nationen, das vor 60 Jahren von unseren großartigen Vorgängern ins Leben gerufen wurde"*, sagte EU-Ratspräsident Donald Tusk. *"Sie hatten den Mut des Kolumbus, unbekannte Gewässer zu beseugen, eine neue Welt zu entdecken."*

Am Abend zuvor war man von Papst Franziskus in Audienz empfangen und eingestimmt worden. Er sparte nicht mit Kritik und Ermahnungen.

Sechzig Jahre später nach Rom zurückzukehren darf nicht bloß eine Reise in die Erinnerungen sein, sondern ist vielmehr das Verlangen, das lebendige Gedächtnis jenes Ereignisses wiederzuentdecken, um dessen Bedeutung in der Gegenwart zu verstehen. ...

'Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft', bekräftigte damals der luxemburgische Premierminister Bech, 'wird nur dann leben und erfolgreich sein, wenn sie in ihrem Bestehen dem Geist europäischer Solidarität, der sie geschaffen hat, treu bleibt und wenn der gemeinsame Wille des entstehenden Europas mächtiger ist als die nationalen Willensbestrebungen.'

Dieser Geist ist angesichts der zentrifugalen Kräfte wie auch der Versuchung, die Gründungsideale der Union auf produktive, wirtschaftliche und finanzielle Erfordernisse zu reduzieren, heute höchst notwendig. ...

Europa findet wieder Hoffnung in der Solidarität, die auch das wirksamste Heilmittel gegen die modernen Formen des Populismus ist. Die Solidarität bringt das Bewußtsein mit sich, Teil eines einzigen Körpers zu sein, und schließt gleichzeitig die Fähigkeit eines jeden Gliedes mit ein, mit dem anderen und dem Ganzen zu 'sympathisieren'. ...

Die Formen von Populismus hingegen sind eben Blüten des Egoismus, der in einen engen und erdrückenden Kreis einschließt und nicht zuläßt, die Enge der eigenen Gedanken zu überwinden und darüber hinaus zu sehen. Man muß wieder beginnen, europäisch zu denken, um die gegensätzliche Gefahr einer grauen Uniformität oder des Triumphs der Vielstaaterei (Partikularismen) abzuwehren. ...

Meinerseits kann ich nur versichern, daß der Heilige Stuhl und die Kirche ganz Europa nahe ist. An seinem Aufbau hat die Kirche stets mitgewirkt und wird immer mitwirken. Dazu bittet sie für Europa um den Segen des Herrn, damit er es beschütze und ihm Frieden und Fortschritt schenke."

Mit dem positiven Begriff "Europa" ist natürlich das Konstrukt der Europäischen Union gemeint, womit suggeriert wird, beide als identisch aufzufassen. Aus den Worten des Papstes wird der Wille zu einem europäischen Gesamtstaat, einem *einzigem Körper*, deutlich, in dem sich die Einzelstaaten mit ihren *nationalen Willensbestrebungen* einfügen und unterordnen

sollen. Denn diese *zentrifugalen Kräfte* seien heute verführerischer *Populismus*, der nichts anderes als beschränkter nationaler Egoismus bedeute, dem der notwendige Weitblick fehle.



Zum Bild: Der gegenüber der politischen Ebene erhöhte Heilige Stuhl, auf dem der Papst in gebührendem Abstand über den anderen thront, suggeriert, daß er einer höheren geistigen Ordnung angehöre, daß er der göttlichen Welt nahe stehe, aus der er letztlich seine Weisheit, seine Handlungsimpulse und den göttlichen Segen empfangt, den weiter zu spenden, er kraft göttlichen Auftrags ermächtigt sei.

Die hierarchische Ordnung

Die römisch katholische Kirche hat eine streng gegliederte Priesterhierarchie, die sich über den Gläubigen aufbaut und deren Verhältnis zur göttlichen Welt regelt und bestimmt. In ihrem Anspruch auch auf weltliche Herrschaft greift sie im Grunde auf die Form altorientalischer und altägyptischer Theokratien zurück, in denen der gottgleich verehrte oberste Priester zugleich oberster weltlicher Herrscher, absoluter Monarch war. Eine Karikatur dieses Strebens ist im Vatikanstaat erhalten geblieben, "*einer absoluten Wahlmonarchie, deren Monarch der Papst ist.*" (Wikipedia)

In der geschichtlichen Folge waren aber die Theokratien in den religiösen Teil der Kirchen und den weltlichen Teil der Monarchien auseinandergebrochen, wobei beide die unmittelbare Einsetzung und Legitimation durch die göttliche Welt geltend machten.

Mit der Konkurrenz der Könige und Kaiser "von Gottes Gnaden" mußte sich die römische Kirche auseinandersetzen. Das ganze Mittelalter ist von diesem Kampf gekennzeichnet, in dem das Papsttum stets die oberste göttliche Legitimation behauptete und von Karl dem Großen an auch zumeist die Einsetzung und Krönung der weltlichen Herrscher des "Heiligen Römischen Reiches" als erneuertes römisches Reich durchgeführt hat. Schon an der Wahl waren die "Fürstbischöfe" der Kirche, die zugleich weltliche Landesherren waren, als Angehörige des Standes der Kurfürsten beteiligt. Die römische Kirche durchsetzte das weltliche Reich und übte auf Adel und Volk einen allgegenwärtigen Einfluß aus.

Reformation und Ende des "Heiligen Römischen Reiches" waren ein schwerer Schlag für die Macht der römischen Kirche. Offensichtlich sieht das reaktionäre Papsttum in einem europäi-

schen Gesamtstaat die Möglichkeit, ein "Heiliges Römisches Reich" in neuer Form wieder aufzurichten, das natürlich unter den modernen Gegebenheiten einer demokratischen Fassade bedarf.

Dahinter handelt es sich aber um ein hierarchisches System von Institutionen, die von einem neuen "politischen Adel" beherrscht werden, der von Mitgliedern oder Sympathisanten der Kirche durchsetzt sind und die Impulse der Kirchen bewußt oder unbewußt realisieren. Den Bürgern ist eine gesellschaftlich wirksame Mit- und Selbstbestimmung in der EU genauso verwehrt wie den Gläubigen die religiöse Selbstbestimmung in der römischen Kirche.

Es handelt sich um die wütesten Reaktion gegen die vom wahren Christentum impulierte Entwicklung der Menschheit zu Freiheit und Selbstbestimmung. Die angeblich christliche römische Kirche arbeitet der zentralen Verheißung und dem damit verbundenen Auftrag Christi entgegen: *"Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen."*

Nachbemerkung:

Es paßt in den Zusammenhang des Themas, daß der neue französische Präsident Emmanuel Macron, der zwei Tage nach der deutschen Bundestagswahl weitere Kompetenzübertragungen auf die EU durch einen eigenen Eurozonen-Haushalt mit Ministerium, einen EU-Verteidigungs-Etat und eine europäische Asylbehörde forderte, ebenfalls Jesuitenschüler ist. *"Aus einer nichtreligiösen Familie stammend, ließ sich Macron als 12-Jähriger bei Eintritt in die Jesuitenschule (La Providence, in Amiens) auf eigenen Wunsch katholisch taufen."* (Wikipedia). Er besuchte diese Schule bis zum 17. Lebensjahr. ...<<